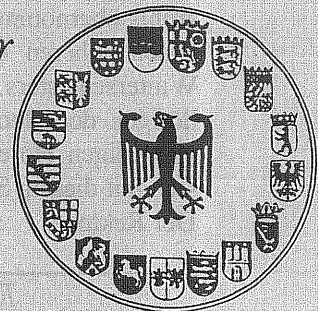


Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

SpeyerBrief Nr. 14

Wintersemester 1997/98



Wichtige Ereignisse und Entwicklungen

Liebe Leserinnen und Leser, mit dem Wintersemester 1997/98 ist einerseits das Jahr des 50jährigen Jubiläums unserer 1947 gegründeten Hochschule zu ende gegangen, andererseits haben im Laufe dieses Semesters zahlreiche Veränderungen und Neuerungen stattgefunden, die die Hochschule, die nunmehr den Namen „Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer“ trägt, in den kommenden Jahren maßgeblich und nachhaltig prägen werden.

Die Jubiläumsfeierlichkeiten, die im Frühjahr und Sommer 1997 mit dem offiziellen Festakt, der Eröffnung des Sommersemesters durch Bundeskanzler Kohl und dem großen Jubiläumsball ihre Höhepunkte erreichten, wurden im November mit der feierlichen Semestereröffnung mit Rektoratsübergabe und im Dezember mit der zweiten Abendveranstaltung mit dem Chef der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, Klaus Rüter, fortgesetzt.

Die nach außen offensichtlichste Änderung, die das Inkrafttreten der letzten Änderung des Verwaltungshochschulgesetzes Ende Dezember 1997 mit sich gebracht hat, betrifft den Namen der Hochschule. Er soll deutlich machen, daß sie eine wissenschaftliche Einrichtung aller deutschen Länder und des Bundes ist. Mit der Gesetzesänderung, durch die das Verwaltungshochschulgesetz an das

Universitätsgesetz angepaßt wurde, sind darüber hinaus jedoch zahlreiche weitere Änderungen verbunden.



Prorektor Univ.-Prof. Dr. Klaus Lüder und Rektor Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera bei der Rektoratsübergabe am 12. November 1997 (Foto: Venus)

Im Laufe des Wintersemesters haben sich einige Veränderungen im Hinblick auf den Lehrkörper der Hochschule ergeben. Im letzten SpeyerBrief wurde bereits berichtet, daß Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow als Nachfolger des em. Univ.-Prof. Dr. Willi Blümel am 1. Oktober 1997 den Lehrstuhl für öffentliches Recht, insbesondere allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht, übernommen hat. Während des Wintersemesters 1997/98 wurden die Berufungsverfahren für die drei im Jahre 1998 vakant

werdenden Lehrstühle vorangetrieben. Zum 31. März 1998 wurde Univ.-Prof. Dr. Waldemar Schreckenberger emeritiert, der jedoch für das Sommersemester 1998 die Vertretung seines vakant gewordenen, aber noch nicht wiederbesetzten Lehrstuhls übernommen hat.

Einen näheren Überblick über die Ereignisse des Wintersemesters 1997/98 möchten wir allen Angehörigen der Hochschule, ihren gegenwärtigen und ehemaligen Hörern sowie ihren Freunden und Gästen mit diesem SpeyerBrief Nr. 14 geben.

Der Rektor

Rektoratsübergabe und Semestereröffnung

Nachdem die Hochschule bereits seit dem 1. Oktober 1997 von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera geleitet wurde und der bisherige Rektor, Univ.-Prof. Dr. Klaus Lüder, das Amt des Prorektors übernommen hatte, erfolgte am 12. November 1997 die feierliche Semestereröffnung mit der offiziellen Übergabe des Rektorats und einem Vortrag des neuen Rektors zu dem Thema „Die Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts im europäischen Integrationsprozeß“.

Nach der Begrüßung der Gäste ließ Univ.-Prof. Dr. Klaus Lüder seine zweijährige Amtszeit Revue passieren und ging auf die aktuelle Situation der

Hochschule ein. Der Haushalt sei die größte Herausforderung seiner Amtszeit gewesen. Da Studen-
tenzahlen wie auch Kosten gleichermaßen stiegen, warne er davor, den Etat der Hochschule zu sehr zu kürzen. Seinen Amtsnachfolger, der bereits seit mehr als dreizehn Jahren als Ordinarius an der Hochschule tätig ist, beschrieb er, auf dessen Werdegang eingehend, „nicht nur als hervorragenden Wissenschaftler, sondern auch als verantwortungsbewußten, ausgleichend wirkenden, kooperativen, gelegentlich hartnäckigen Kollegen“. Über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus habe sich Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera einen Namen auf dem Gebiet des Europarechts gemacht, dem auch sein Rektoratsvortrag entstamme.

In seinem anschließenden Vortrag beleuchtete der neue Rektor Fragen der Umsetzung und Akzeptanz des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Hierbei ging er zunächst auf die Bedeutung der Rechtsdurchsetzung für den Integrationsprozeß ein und erläuterte die entsprechende Zuständigkeitsverteilung. Er zeigte die vorhandenen Defizite auf und ging kritisch auf Verbesserungsmöglichkeiten ein, die er zum einen in der Qualität des Gemeinschaftsrechts, des weiteren in angemessenen Sanktionen und schließlich in wirksamen Kontrollen sowie in einer verstärkten Zusammenarbeit der mitgliedstaatlichen Verwaltungen untereinander und mit der Kommission sah. Das

Gemeinschaftsrecht nicht als eine fremde, sondern als Teil der eigenen Rechtsordnung zu erkennen und den Ausgleich zwischen Einheit und Vielfalt zu schaffen, bezeichnete er als permanente Aufgabe der Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung.

Der Vortrag ist in der Reihe Speyerer Vorträge als Heft Nr. 39 erschienen und im Rektorat der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gegen einen Unkostenbeitrag von 10.- DM zu beziehen.

Zweiter Abendvortrag

„Konzeption und Realisierung der Verwaltungsmodernisierung“, so lautete das Thema des zweiten Abendvortrags im Wintersemester am 3. Dezember 1997. Klaus Rüter, Chef der Staatskanzlei des Landes



Staatssekretär Klaus Rüter und Rektor Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera anlässlich des zweiten Abendvortrages am 3. Dezember 1997 (Foto: Venus)

Rheinland-Pfalz und Vorsitzender des Verwaltungsrats der Hochschule, gelang es, den zahlreich erschienenen Gästen, darunter viele Mitglieder der Hochschule, Hörer des laufenden Semesters, aber auch auswärtige Freunde der Hochschule, mit seinem ausgewogenen Vortrag, in dem die Hintergründe der Verwaltungsmodernisierung aufgezeigt wurden, der aber auch mit eigenen Erfahrungen und plastischen Beispielen aus der Praxis angereichert war, dieses Thema näherzubringen.

Nach der Begrüßung durch den Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, machte Staatssekretär Rüter schon zu Beginn seines Vortrags deutlich, daß Theorie und Praxis auf dem Gebiet der Verwaltungsmodernisierung häufig auseinanderfallen. Er wandte sich daher einem Beispiel aus der Praxis der Verwaltungsmodernisierungskommission zu: Angesichts eines Bestandes von etwa 830 Verwaltungsvorschriften hätten die Ministerien als Beitrag zur Deregulierung jeweils drei Verwaltungsvorschriften aufheben und weitere drei für die Dauer eines Jahres aussetzen sollen. Der Vorschlag sei zunächst an zahlreichen Widerständen gescheitert. Hiervon habe man sich jedoch nicht abschrecken lassen. Vielmehr seien alle Verwaltungsvorschriften in Rheinland-Pfalz mit dem „Verfallsdatum 31.12.1999“ versehen worden.

Sollten solche Vorschriften darüber hinaus Bestand haben, so müsse dies mit guten Argumenten belegt werden. Auch vom Bund erlassene Verwaltungsvorschriften würden nicht mehr einfach übernommen, sondern zunächst auf Sinn und Zweck überprüft. Bis zum Ende des Jahrtausends sollen weitere 30 bis 40 Prozent aller Vorschriften beseitigt werden.

Mit der Eindämmung der Verordnungsflut ist jedoch nur ein geringer Teil dessen beschrieben, was sich mit Blick auf eine moderne Verwaltung ändern muß. Die fünf wichtigsten Modernisierungsfelder lauten: Aufgabenkritik und Aufgabenumbau, Fortsetzung der Rechtsvereinfachung und Einführung von Gesetzesfolgenabschätzungen, zweckmäßige Einführung und Verbreitung neuer Steuerungsinstrumente, Restrukturierung der Landesverwaltung und die weitere Verbesserung des Personalmanagements.

Der Vortrag ist als Speyerer Vortrag Heft Nr. 42 beim Rektorat der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gegen einen Unkostenbeitrag von DM 10,-- zu beziehen.

*Dritter Abendvortrag
mit Verleihung der Hochschulmedaille*

Die dritte Abendveranstaltung im Wintersemester 1997/98 fand am 19. Januar 1998 statt. Nach der

Begrüßung der Gäste durch den Rektor, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, und der Verleihung der Hochschulmedaille an den Leitenden Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Aschaffenburg Erhard Becker informierte Gastreferent Peter M. Schmidhuber, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, das interessierte Auditorium ausführlich über „Die Rolle des Europäischen Systems der Zentralbanken im institutionellen Rahmen der Europäischen Union“.

Herr Schmidhuber ging auf die historische Entwicklung ein und gab eine allgemeine integrationspolitische Zustandsbeschreibung, nahm eine Einordnung des Europäischen Systems der Zentralbanken in das vorhandene Beziehungsgeflecht der Gemeinschaftsinstitutionen vor und erläuterte die Organisation sowie Aufgaben und Befugnisse des Europäischen Systems der Zentralbanken. Anschließend machte er deutlich, daß die tatsächliche Bedeutung des Europäischen Systems der Zentralbanken jenseits der normativen Rahmenbedingungen maßgeblich vom Stellenwert der Geldpolitik im Gesamtkontext der europäischen Politik abhängt, und lenkte seine differenzierten Ausführungen schließlich auf die Frage, ob der Vertrag von Maastricht die Geldpolitik in ein schlüssiges institutionelles Gesamtkonzept für die Wirtschaftspolitik eingebettet hat.



Peter M. Schmidhuber (Foto: privat)

Der Vortrag ist als Speyerer Vortrag Heft Nr. 43 beim Rektorat Deutschen Hochschule für Verwal-

tungswissenschaften Speyer gegen einen Unkostenbeitrag von DM 10,-- zu beziehen.

*Verleihung der Hochschulmedaille an
Erhard Becker*

Mit der Hochschulmedaille wurde Erhard Becker, Leitender Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Aschaffenburg, ausgezeichnet. Nachdem der Senat bereits am 10. November 1997 einstimmig die Ehrung beschlossen hatte, fanden die feierliche Aushängung der Urkunde und die Verleihung der Medaille durch den Rektor, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, im Rahmen der dritten Abendveranstaltung im Wintersemester mit Vortrag von Herrn Peter M. Schmidhuber statt.

In seiner Laudatio würdigte der Rektor, daß Erhard Becker sich als Lehrbeauftragter für die Übung im Justizrecht (Zivil- und Strafrecht) seit dem Wintersemester 1984/85 um die Hochschule und ihr Lehrangebot hervorragend verdient gemacht habe. Seine Lehrveranstaltung gehöre zu den beliebtesten der Hochschule und habe wegen der großen Nachfrage mit Beginn des Sommersemesters 1991 von drei auf vier Wochenstunden erweitert werden müssen. Neben dem Fach Rechtswissenschaft habe Herr Becker an den Universitäten München und Würzburg auch die Fächer Theologie und Philosophie studiert, worin möglicherweise ein Schlüssel zu seinem Erfolg bei der Kommunikation mit seinen Hörerinnen und Hörern liege. Fachlich sei dieser Erfolg zweifellos begründet in einer mehr als 25jährigen reichhaltigen Berufserfahrung in der Zivil- und Strafrechtsbarkeit, bei der Staatsanwaltschaft, als Arbeitsgemeinschaftsleiter für Rechtsreferendare und als Prüfer in beiden juristischen Staatsexamen u.a. in Würzburg, Bamberg und Aschaffenburg. Freude und Engagement bei der Juristenausbildung kämen neben dem Lehrauftrag in Speyer auch in der Veröffentlichung von Klausurbearbeitungen zum Ausdruck.

Die große Nachfrage nach der Übung im Zivil- und Strafrecht zeige, daß die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer sich in ihrer Lehre nicht auf den engeren Bereich von Staat und Verwaltung beschränken könne, sondern den Hörerinnen und Hörern, die kurz vor ihrem zweiten Staatsexamen stünden, auch Veranstaltungen anbieten müsse, die auf anderen Rechtsgebieten „examensrelevant“ seien. Das Lehrangebot der Hochschule solle zwar den Blick über den juristischen „Tellerrand“ ermöglichen, dürfe diesen jedoch nicht aus den Augen verlieren. In diesem Sinne sei der Beitrag, den der Geehrte zu dem Lehrangebot der Hochschule mit der Übung im Zivil- und Strafrecht leiste, für die Hochschule und deren Hörerinnen und Hörer von unschätzbarem Wert. Der

Rektor sprach Herrn Becker im Namen der Hochschule und auch persönlich seinen herzlichen Dank aus, mit dem er die Hoffnung und den Wunsch auf eine auch weiterhin erfolgreiche Zusammenarbeit verband, und überreichte ihm die Hochschulmedaille und die Urkunde.

*Emeritierung von Univ.-Prof.
Dr. Waldemar Schreckenberger -
Forschungssymposium „Gesetzgebung und
Rechtsprechung“*

Zum 31. März 1998 wurde Univ.-Prof. Dr. Waldemar Schreckenberger, Staatsminister a.D., der seit dem Wintersemester 1978/79 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer als Ordinarius tätig ist, emeritiert. Der in Ludwigs-hafen geborene 68-jährige Wissenschaftler wirkte in seiner politischen Laufbahn maßgeblich an der Einführung des Privatrundfunks mit und war die füh-



Univ.-Prof. Dr. Waldemar Schreckenberger bei seinem Vortrag anlässlich des Forschungssymposiums „Gesetzgebung und Rechtsprechung“ am 17. Januar 1998 (Foto: Lenz)

rende Kraft bei der Ausarbeitung des Schengener Abkommens. Seine Lehrtätigkeit wird Univ.-Prof. Dr. Waldemar Schreckenberger jedoch noch nicht aufgeben; vielmehr hat er im Sommersemester 1998 eine Lehrstuhlvertretung an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer übernommen.

Anläßlich seiner Emeritierung fand am 17. Januar 1998 ein vom Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung veranstaltetes Forschungssymposium zum Thema „Gesetzgebung und Rechtsprechung“ in der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer statt. Das Thema des Seminars entsprach den Schwerpunkten der Tätigkeit des Geehrten im wissenschaftlichen Bereich, nämlich der rhetorischen Rechtstheorie und der Gesetzgebungslehre. An der Veranstaltung nahmen neben Speyerer Professoren zahlreiche auswärtige Wissenschaftler und Praktiker teil, die dem Geehrten aus seiner akademischen und beruflichen Laufbahn verbunden waren. Der einführende Vortrag des wissenschaftlichen Leiters der Veranstaltung, Univ.-Prof. Dr. Klaus König, würdigte die Arbeit von Univ.-Prof. Dr. Schreckenberger, die ganz „Im Dienste der Gesetzgebung“ stand. Es folgten Referate von Univ.-Prof. Dr. Gerd Roellecke zum Thema „Gesetz in der Spätmoderne“ und von Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Zeh über „Gesetz und Gesetzgeber“. Anschließend fand unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. Helmut Quaritsch und unter Mitwirkung der Univ.-Professoren Dres. Hermann Hill, Dr. Detlef Merten, Rainer Pitschas und Walter Rudolf eine Podiumsdiskussion zu dem Thema „Gesetz und politische Steuerung“ statt. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung durch Gesetze wurden dabei an den Beispielen 'Rechtschreibreform' und 'Verwaltungsmodernisierung' höchst lebendig, aber auch kontrovers diskutiert. In seinem Schlußwort über „Gesetzgebung und Rhetorik“ knüpfte Univ.-Prof. Dr. Schreckenberger an einen Schwerpunkt seiner Forschungen an, indem er die Bedeutung einer der Funktion des Gesetzes und dem Adressatenkreis adäquaten Gesetzessprache hervorhob.

Anläßlich einer nachfolgenden Abendveranstaltung übermittelte der Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, dem Geehrten den Dank und alle guten Wünsche der Hochschule.

Änderung des Verwaltungshochschulgesetzes

Das Dritte Landesgesetz zur Änderung des Verwaltungshochschulgesetzes vom 18. Dezember 1997 (GVBl. Rheinland-Pfalz 1997, S. 463 ff.) ist am 31. Dezember 1997 in Kraft getreten. Damit wurde eine Anpassung des Verwaltungshochschulgesetzes an das Universitätsgesetz erreicht, wobei sich jedoch aufgrund des Sonderstatus der Hochschule gewisse Abweichungen ergeben. Es folgt ein kurzer Überblick über die wesentlichen Änderungen gegenüber der alten Gesetzeslage:

Die stärkste Außenwirkung kommt zweifelsohne der Namensänderung der Hochschule zu, die nunmehr „Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer“ heißt. Dadurch wird ihrer

Stellung als wissenschaftlicher Einrichtung aller deutschen Länder und des Bundes und der Tatsache Rechnung getragen, daß sie die einzige postuniversitäre Institution für den Bereich der Verwaltungswissenschaften in Deutschland ist. Die Abkürzung für das Verwaltungshochschulgesetz lautet nun „DHVG“. Infolge der Namensänderung hat die Hochschule ihre Internet- und E-Mail-Adressen umgestellt und ist fortan unter „<http://www.dhv-speyer.de>“ und „dhv@dhv-speyer.de“ erreichbar. Im Bereich der Aufgaben der Hochschule haben sich keine nennenswerten Änderungen ergeben. Festgeschrieben wurde allerdings die schon seit geraumer Zeit verwirklichte Forderung, daß die Hochschule bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben mit anderen Hochschulen und sonstigen staatlichen Forschungs- und Bildungseinrichtungen zusammenarbeitet (§ 8 DHVG). Auch muß sie regelmäßig öffentlich über ihre Forschungstätigkeit (§ 10 Abs. 2 DHVG) und über Lehre und Studium (§ 17 Abs. 2 DHVG) berichten. § 17 Abs. 3 DHVG erlaubt eine Evaluation der Lehrveranstaltungen durch die Hochschule, die an der Hochschule bislang von der Hörschaft durchgeführt wurde.

Mehr getan hat sich im Hinblick auf die Hochschulgremien. So wird der bisherige Lehrplanausschuß künftig mit erweiterten Befugnissen als beratender Fachausschuß für Studium und Lehre (§ 14 DHVG) fungieren. Die Mitglieder des Lehrplanausschusses wurden vom Senat zu Mitgliedern des Fachausschusses für Studium und Lehre berufen. Soweit das Aufbaustudium betroffen ist, wird der Ausschuß für das Aufbaustudium den Fachausschuß und den Senat auch beraten in Fragen der Studienstruktur und Studienreform, der Vorbereitung von Studien- und Prüfungsordnungen, der Erstellung des Lehrberichts und der fachlichen Studienberatung. Im Bibliotheksvorstand wirken künftig akademische Mitarbeiter beratend mit (§ 59 Abs. 2 DHVG). Auch die Regeln der Beschlußfassung in den Gremien sind von Änderungen betroffen (§ 24 DHVG). Ferner tagt der Senat künftig grundsätzlich hochschulöffentlich, während andere Gremien - von Ausnahmen abgesehen - weiterhin nicht öffentlich tagen.

Die rechtliche Stellung der Frauen im Bereich der Hochschule hat mit dem neuen Gesetz eine Verbesserung erfahren. So wurde eine Frauenbeauftragte eingesetzt, die an allen wichtigen personellen Entscheidungen zu beteiligen ist und an den Sitzungen der Gremien beratend teilnehmen kann; sie wird unterstützt durch einen Ausschuß für Frauenfragen (§ 50 DHVG). Auch sind künftig Frauenförderungspläne zu erstellen (§ 51 Abs. 2 Nr. 14 DHVG), denen bei Einstellungen, Berufungen und Beförderungen Rechnung zu tragen ist.

Bericht aus der Hochschule

Personalia

Jubiläen, neue Ämter

Hochschuljubiläum

Ihr 25jähriges Hochschuljubiläum feierten am 12. Oktober 1997 Univ.-Prof. Dr. Detlef Merten, am 16. Oktober 1997 Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag und am 24. Oktober 1997 Univ.-Prof. Dr. Helmut Quaritsch.

25jähriges Dienstjubiläum

Ursel Scholz, Verwaltungsangestellte, feierte am 15. November 1997 ihr 25jähriges Dienstjubiläum.

Leitung der Abteilung 1

Zum 15. November 1997 hat Regierungsrätin z.A. Sabine Brieger die Leitung der Abteilung 1 der Hochschulverwaltung (Rechts- und allgemeine Hochschulangelegenheiten, Aus- und Fortbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Veranstaltungen und Besucherdienst) übernommen. Zu diesem Zeitpunkt ist der bisherige Leiter der Abteilung 1, Regierungsdirektor Dr. Wilfried Ebling, in den Dienst der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz übergetreten.

Leitung der Abteilung 2

Infolge krankheitsbedingter Abwesenheit von Herrn Amtsrat Ralf Bauer wurde Regierungsrat z.A. Claus Ableiter mit Wirkung vom 23. Januar 1998 bis auf weiteres mit der Leitung der Abteilung 2 der Hochschulverwaltung betraut. Die Funktion des Haushaltsbeauftragten nehmen weiterhin für die Hochschule der Prorektor und für das Forschungsinstitut der Institutsreferent wahr.

Neue und ausgeschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hochschule und Forschungsinstitut

Neueinstellungen:

- 01.10.97 Dr. Jan Ziekow (Universitätsprofessor)
- 01.10.97 Klaus-Dieter Schütt (Bibl.-Insp. z.A.)
- 13.10.97 Natascha Estelmann (Lehrstuhlsekretärin)
- 01.11.97 Dr. Annette Guckelberger (Wiss. Mitarb.)
- 01.11.97 Bernhard Kaiser (Forschungsreferent)
- 15.11.97 Sabine Brieger (Leiterin Abt. 1)
- 01.12.97 Jochen Ritter (Forschungsreferent)
- 26.01.98 Georg Müller (Leiter Hausdruckerei)
- 01.02.98 Matthias Häckel (Wiss. Mitarb.)

Es sind ausgeschieden:

- 14.11.97 Sabine Brieger (Forschungsreferentin)
- 14.11.97 Dr. Wilfried Ebling (Leiter Abt. 1)
- 31.12.97 Isabell Klein (Dipl.-Bibliothekarin)
- 31.12.97 Erhard Schade (Verwaltungsangestellter)
- 31.12.97 Michael Scharrer (Forschungsreferent)
- 28.02.98 Stefan Brink (Forschungsreferent)
- 28.02.98 Lothar Krapf (Forschungsreferent)
- 24.03.98 Dr. Matthias Niedobitek (Postdoktorand am Forschungsinstitut)
- 31.03.98 Natascha Estelmann (Lehrstuhlsekretärin)
- 31.03.98 Dr. Hans-Christof Kraus (Forschungsreferent)
- 31.03.98 Olaf Schaefer (Wiss. Mitarb.)

Hochschulgremien

Senatsausschüsse

Am 24. November 1997 fanden die konstituierenden Sitzungen des Fortbildungsausschusses sowie des Ausschusses für das verwaltungswissenschaftliche Aufbaustudium, am 1. Dezember 1997 die konstituierende Sitzung des Lehrplanausschusses statt. Zu den Vorsitzenden wurden für den Fortbildungsausschuß Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, für den Lehrplanausschuß Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag und für den Ausschuß für das verwaltungswissenschaftliche Aufbaustudium Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas gewählt. Der Ausschuß für das Aufbaustudium wählte am 17. März 1998 Univ.-Professorin Dr. Gisela Färber zu seiner neuen Vorsitzenden.

Verwaltungsrat

Am 4. Dezember 1997 tagten der Verwaltungsrat der Hochschule sowie der Institutsverwaltungsrat des Forschungsinstituts unter dem Vorsitz von Staatssekretär Klaus Rüter. Die nächste Sitzung des Verwaltungsrats ist für den 25. Juni 1998 geplant.

Frauenbeauftragte

Die bisherige Gleichstellungsbeauftragte, Frau Dipl.-Bibliothekarin Sybille Roßhirt, nimmt mit Inkrafttreten des Dritten Landesgesetzes zur Änderung des Verwaltungshochschulgesetzes die Aufgaben und Befugnisse der Frauenbeauftragten im Sinne dieses Gesetzes wahr.

**Vertretung der Hochschule
(Mitarbeit in Expertenkommissionen u.ä.)**

Fachhochschule Harz -

Fachbereich Verwaltungswissenschaften

Mit Wirkung vom 30. September 1997 wurde Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas als externer Wissenschaftler in die Gründungskommission des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften der Fachhochschule Harz berufen.

Gesellschaft für Informatik e.V.

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann wurde am 1. Oktober 1997 zum Sprecher des Fachbereichs 6 der Gesellschaft für Informatik e.V. („Informatik in Recht und öffentlicher Verwaltung“) gewählt. Kraft dieses Amtes ist er zugleich Präsidiumsmitglied der Gesellschaft für Informatik e.V.

Mainz

Am 9. Oktober 1997 nahmen der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, sowie der damalige Leiter der Abteilung 1 der Hochschulverwaltung, Regierungsdirektor Dr. Wilfried Ebling, an einer Sitzung des Wissenschaftsausschusses des Landtags Rheinland-Pfalz teil, der sich mit dem Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Verwaltungshochschulgesetzes befaßte.

Mainz

Der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, stattete am 14. Oktober 1997 dem Chef der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Hochschule, Staatssekretär Klaus Rüter, einen Antrittsbesuch ab.

Heidelberg

Bei der feierlichen Rektoratsübergabe der Universität Heidelberg am 18. Oktober 1997 wurde die Hochschule durch den Rektor, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, vertreten.

Deutsche Gesellschaft für Kassenarztrecht

Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas wurde am 7. November 1997 in den Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Kassenarztrecht e.V. gewählt.

Hochschulvereinigung Speyer e.V.

Der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann und die Leiterin der Abteilung 1 der Hochschulverwaltung, Regierungsrätin z.A. Sabine Brieger, nahmen am 17. November 1997 an der Mitgliederversammlung der Hochschulvereinigung Speyer e.V. teil. Zum 1. Vorsitzenden wiedergewählt wurde der Oberbürgermeister der Stadt Speyer, Werner Schineller. Der

Rektor wurde als Nachfolger des Prorektors zum 2. Vorsitzenden gewählt. Als Vertreter der Hochschule wirken ferner Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann, Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret und Regierungsrätin z.A. Sabine Brieger in dem Beratenden Ausschuß der Hochschulvereinigung mit.

Heidelberg

Am 29. November 1997 nahm der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, an einem wissenschaftlichen Symposium anläßlich des sechzigsten Geburtstags von Univ.-Prof. Dr. Detlef Merten in Heidelberg teil.

Speyer

Die Leiterin der Abteilung 1 der Hochschulverwaltung, Regierungsrätin z.A. Sabine Brieger, nahm am 15. Dezember 1997 für die Hochschule an der feierlichen Amtseinführung des neuen Direktors des Staatlichen Instituts für Lehrerfort- und -weiterbildung, Dr. Botho Priebe, teil.

Projekt des Ministeriums des Innern des Saarlandes

Im Beirat des Projekts „Ergebnisorientierte Führung der Polizei“ des saarländischen Ministeriums des Innern wirkt seit Anfang des Jahres 1998 Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch ehrenamtlich mit.

Harvard-Studienprogramm

Auch im Jahr 1998 fungiert Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret als Vorsitzender der Auswahlkommission für das Harvard-Studienprogramm der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung.

Herausgeberkreis „Die Verwaltung“

Zum 1. Januar 1998 ist Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch in den Herausgeberkreis der Zeitschrift „Die Verwaltung. Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungswissenschaften“ (Verlag Duncker & Humblot) eingetreten und hat damit die Nachfolge von em. Univ.-Prof. Dr. Rudolf Morsey in dieser Eigenschaft angetreten.

Neujahrsempfang der Stadt Speyer

Der Rektor vertrat die Hochschule am 9. Januar 1998 auf dem Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters der Stadt Speyer, Werner Schineller, der in der Stadthalle ausgerichtet wurde.

Neujahrsempfang des Ministerpräsidenten

Am 13. Januar 1998 nahm der Rektor am Neujahrsempfang des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, in Bingen teil.

EMPA-Programm

Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas nahm als Senatsbeauftragter für das EMPA-Programm am 16. Januar 1998 an einem vom Institute for European Policy der Universität Leuven veranstalteten EMPA board meeting teil.

Führungsakademie des Landes Rheinland-Pfalz
Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf wurde vom Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg erneut als Mitglied in das Kuratorium der Führungsakademie des Landes Baden-Württemberg berufen, dessen konstituierende Sitzung am 16. Januar 1998 in der Führungsakademie Karlsruhe stattfand.

Stadtrat der Stadt Speyer

Anlässlich des 800-jährigen Bestehens des Stadtrats der Stadt Speyer fand am Abend des 21. Januar 1998 eine Festsitzung statt, der der Rektor beiwohnte.

Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz e.V.

Der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, vertrat die Hochschule am 4. März 1998 in Kaiserslautern auf einer Veranstaltung der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz e.V. anlässlich eines Vortrages des Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika, John C. Kornblum.

5. Transatlantische Konferenz

Der Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, nahm am 15. und 16. März 1998 an der 5. Transatlantischen Konferenz des Landes Rheinland-Pfalz und seines Partnerstaates South Carolina, USA, in Mainz und Bingen teil.

Europäische Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen

Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret wurde am 16. März 1998 zum Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats der Europäischen Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen gewählt. Die vom Bund und Rheinland-Pfalz getragene Europäische Akademie widmet sich der Folgenforschung in besonders zukunftsorientierten Bereichen und führt in wissenschaftlicher Unabhängigkeit einen Dialog mit Wirtschaft, Kultur, Politik und Gesellschaft unter europäischer Perspektive.

Landeswettbewerb „Außerordentliche Leistungen rheinland-pfälzischer Kommunen auf dem Gebiet kommunaler Partnerschaften mit Kommunen in Osteuropa“

Im Jahre 1998 vergibt der Minister des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, Walter Zuber, erneut den Preis des Landeswettbewerbs „Außerordentliche Leistungen rheinland-pfälzischer Kommunen auf dem Gebiet kommunaler Partnerschaften mit Kommunen in Osteuropa“. Als Vertreter der Hochschule wird Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf in der unabhängigen Sachverständigenkommission mitwirken, die die eingereichten Maßnahmen und Projekte bewertet.

Rheinland-pfälzischer Förderpreis des Ministers für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber vertritt die Hochschule in der Kommission, die über die Vergabe des rheinland-pfälzischen Förderpreises des Ministers für Arbeit, Soziales und Gesundheit entscheidet.

Vorträge an der Hochschule

Präsident der Bundesanstalt für Arbeit

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, wurde am 8. Januar 1998 vom Rektor der Hochschule zu einem Gespräch empfangen. Sein anschließend im Rahmen des mit Herrn Dr. Schuberth angebotenen Kolloquiums „Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik - Eine Einführung“ gehaltenen Vortrag zum Thema „Arbeitsplätze schaffen - aber wie? Wege aus der Beschäftigungskrise“ stieß bei den zahlreich erschienenen Hörern und auswärtigen Gästen auf große Resonanz.



Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, anlässlich seines Vortrages an der Hochschule am 8. Januar 1998 (Foto: Lenz)

Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesnachrichtendienstes, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern

Univ.-Prof. Dr. Waldemar Schreckenberger konnte im Rahmen seines Kolloquiums „Nachrichtendienste im internationalen Vergleich und europäische polizeiliche Informationssysteme“ zwei der für die Führung der zivilen deutschen Geheimdienste hauptverantwortlichen Persönlichkeiten zu Gastvorträgen begrüßen. Am 18. Dezember 1997 stellte Dr. Peter Frisch, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, sein Amt in dem Vortrag „Verfassungsschutz und Lage der Inneren Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland“ vor. Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Dr. Hansjörg Geiger, sprach am 13. Januar 1998 zu dem Thema „Aufgaben, Organisation und Kontrolle des Bundesnachrichtendienstes“.

Darüber hinaus hielt am 27. Januar 1998 Prof. Dr. Kurt Schelter, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, einen Vortrag zu dem Thema „Polizeiliche Zusammenarbeit auf völkerrechtlicher Basis“.

Univ.-Prof. Dr. Hartmut Bauer

Im Rahmen des von Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten und dem Direktor des Bundesrates Georg-Berndt Oschatz angebotenen Seminars „Der Föderalismus als Staatsstrukturprinzip - Deutscher Bundesstaat und Europäische Einigung“ hielt am 18. Dezember 1997 Univ.-Prof. Dr. Hartmut Bauer, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Staatsrecht, Umwelt- und Wirtschaftsrecht, der TU Dresden, einen Gastvortrag zu dem Thema „Verfassungswidrige Stimmengewichtung der Länder im Bundesrat?“ Die inhaltlich provokant gefaßte und rhetorisch glänzend vorgetragene These von der verfassungsrechtlichen Problematik der Stimmenverteilung im Bundesrat fand bei den zahlreichen Zuhörern reges Interesse und gab zu einer ausführlichen Diskussion Anlaß.

Besucher aus dem In- und Ausland

Rechtsakademie Litauen

Am 15. Oktober 1997 besuchte eine Delegation der Rechtsakademie Litauen unter der Führung des Prorektors für Studienangelegenheiten, Prof. Peckaitis, und des Prorektors für wissenschaftliche Tätigkeit, Dr. Kurapka, die Hochschule, um sich über die Aufgaben und Aktivitäten der Hochschule bei der Aus- und Weiterbildung des Höheren Dienstes in Deutschland zu informieren. Die litauischen Gäste wurden durch den Rektor, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, empfangen. Sie äußerten starkes

Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit Speyer, was von der Hochschule grundsätzlich wohlwollend aufgenommen wurde und in der kommenden Zeit einen wichtigen Gegenstand der Korrespondenz zwischen beiden Institutionen bilden wird.

Universität Woronesh

Vom 10. bis 13. Dezember 1997 besuchte eine Delegation der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Woronesh die Hochschule und das Forschungsinstitut. Der Dekan der Juristischen Fakultät der Universität, Prof. Dr. Panuschkin, und Prof. Dr. Starilow, der den dortigen Lehrstuhl für Verwaltungsrecht innehat und bereits mehrfach als Gastforscher am Forschungsinstitut tätig war, sowie Prof. Dr. Swiridow, Inhaber des Lehrstuhls für Arbeits- und Wirtschaftsrecht, nutzten den Aufenthalt, um sich intensiv über die Hochschule zu informieren. In einem Gespräch mit dem Rektor zeichnete sich die Möglichkeit einer Zusammenarbeit beider Hochschulen im Rahmen von Tagungen und Seminaren sowie Gastaufenthalten ab.

Führungskräfte der Stadtverwaltung Moskau

Eine zwölköpfige Delegation russischer Führungskräfte der Stadtverwaltung Moskau, die sich im Rahmen eines im Auftrag des Bundesinnenministeriums durchgeführten und im Zusammenhang mit der deutsch-russischen Verwaltungszusammenarbeit stehenden Workshops in Deutschland aufhielt, stattete der Hochschule am 11. Dezember 1997 einen Informationsbesuch ab. Im Anschluß an die Begrüßung durch den Rektor, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, und eine ausführliche Darstellung der Hochschule und ihrer Aufgaben durch Regierungsrat z.A. Claus Ableiter, Akademischen Direktor Dr. Egon Riffel und Assessor Klaus Grütjen fand ein Fachgespräch zu den Themen „Wissenschaftliche Begleitung der Verwaltungsreform“ und „Personalmanagement“ unter der Leitung des Geschäftsführenden Direktors des Forschungsinstituts, Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König, statt.

Sanwa Research Institute in Japan

Am 15. Dezember 1997 besuchte Taisuke Katayama vom Sanwa Research Institute in Japan, das dort im Auftrag verschiedener verwaltungspolitischer Instanzen Forschungsprojekte durchführt, die Hochschule. Er führte mit Bernhard Theobald, M.A., Mag.rer.publ., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politikwissenschaft, ein informatives Gespräch über nachuniversitäre Ausbildungsprogramme für administrative Kräfte und über die Situation der praxisorientierten politikwissenschaftlichen Forschung.

National Taiwan University

Am 20. Februar 1998 hielt sich Prof. Dr. Wu-Hsien Chu, Vice Chairman of the Civil Service Protection and Training Commission of Taiwan, der sich zur Zeit mit der Reform des öffentlichen Dienstes in Taiwan befaßt und an den Graduate Schools der National Taiwan University und der Fu-Jen Catholic University in Taipeh Recht lehrt, zusammen mit einigen seiner taiwanesischen Schüler zu einem wissenschaftlichen Gespräch an der Hochschule auf. Nach der Begrüßung durch den Rektor, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, hielt Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas vor Prof. Dr. Chu, seinen Schülern und asiatischen Aufbauhörern einen Vortrag über die Bedeutung des öffentlichen Dienstes und der Aus- und Weiterbildung des Personals in der rechtsstaatlichen Demokratie am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, der im Verlauf des anschließenden Fachgesprächs durch Beiträge von Akad. Direktor Dr. Egon Riffel über den öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik Deutschland und Ass. jur. Klaus Grütjen über die Aus- und Weiterbildung von Führungsnachwuchskräften für den öffentlichen Dienst ergänzt wurde. Prof. Dr. Chu informierte sich außerdem ausführlich über das Studienangebot für ausländische Hörer sowie über die Forschungsgebiete und -möglichkeiten in Speyer.

5. Transatlantische Konferenz

Anläßlich der 5. Transatlantischen Konferenz zwischen Rheinland-Pfalz und seinem Partnerland South Carolina, USA, besuchte eine Delegation am 20. März 1998 die Hochschule.

Der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, konnte Rayburn Barton, führendes Mitglied des Bildungsministeriums von South Carolina, Prof. Sharon Fross vom College of Charleston, sowie Elisabeth Bittner vom rheinland-pfälzischen Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung, und Prof. Dr. Paul Müller von der Universität Kaiserslautern in der Hochschule begrüßen.

Die amerikanischen und deutschen Gäste erhielten einen Einblick in Organisation und Aufgaben der Hochschule und nahmen anschließend an einer Führung durch die Speyerer Altstadt teil.

Nationale und internationale Zusammenarbeit / Vorträge im In- und Ausland

Südkorea

Vom 22. bis zum 28. Oktober 1997 veranstaltete die Korean Association for Public Administration (CAPA) in Seoul, Südkorea, eine internationale Konferenz über die Wiedervereinigung Koreas mit dem Thema „Policy Problems of the Unified Ko-

rea“. Das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer war auf dieser Konferenz durch seinen Geschäftsführenden Direktor, Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König, vertreten, der einen Vortrag zum Thema „German Reunification and Administration Transformation“ hielt. Auch Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas nahm als Vertreter des Forschungsinstituts an der Konferenz teil und bereicherte sie ebenfalls mit einem Vortrag. Zudem besuchte Univ.-Prof. Dr. Pitschas die Hanyang-Universität und die Sung Kyun Kwan-Universität in Seoul, wo er jeweils Vorträge über die Themen Verwaltungsmodernisierung und Personalmanagement hielt.

Bayreuth

Am 23. Oktober 1997 berichtete der Referent für Aufbaustudium und Fortbildung, Akademischer Direktor Dr. Egon Riffel, bei der 8. TEMPUS-Jahrestagung des DAAD in Bayreuth über „Erfahrungen in der Kooperation mit den assoziierten mittel- und osteuropäischen Ländern bei der Ausbildung von Verwaltungsfachleuten“.

Albany

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner mann nahm vom 26. bis 28. Oktober 1997 auf Einladung des Center for Technology in Government der University at Albany an einem von der Ford Foundation finanzierten Workshop in Reusselaerville, New York, teil. Die rund 30 Teilnehmer aus Nordamerika und Europa behandelten unter dem Thema „A Step Beyond Research: Fostering IT-Innovation in Government“ das Reformpotential der Informationstechnologie sowie Wege, wie dem offensichtlichen Reformstau in der Praxis durch Erleichterung von Wissenstransfer begegnet werden könne.

Köln

Am 29. Oktober 1997 hielt Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag auf der Jahrestagung 1997 der WBL-Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste e.V. über „Globalisierung und Forschung“ einen Vortrag zu dem Thema „Ist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie durch die Globalisierung gefährdet?“.

TEMPUS-Kooperation mit der National School of Public Administration Hungary

Zu Semesterbeginn stellte die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gemeinsam mit dem Europa-Kolleg Brügge, der University of Limerick und der Ungarischen Wirtschaftsuniversität Budapest bei der Europäischen Kommission einen Antrag auf Förderung der Einrichtung einer Abteilung für internationale Studien in der National

School of Public Administration Hungary. Seitens der Hochschule Speyer waren an diesem Vorhaben der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, sowie für die inhaltliche Ausgestaltung Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas beteiligt. Der Antrag, der sich in das EU-Programm „Education of Prospective EU Civil Servants 2000“ einfügt, wurde von der Kommission bewilligt, so daß nun mit dem Aufbau der o.g. Abteilung begonnen werden kann.

Wien

Im Rahmen der 10. Jubiläumstagung der ADV zu dem Thema „Verwaltungsinformatik '97 - Electronic Government: Verwaltungsmodernisierung durch Informationstechnik“ vom 13. bis 14. November 1997 in Wien referierte Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann über „Führungsinformationen als Produkte aus dem Datawarehouse“.

Los Angeles

Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim war in der Zeit vom 18. bis 27. November 1997 an der University of Southern California in Los Angeles zu Gast. Dort hielt er im Rahmen einer Veranstaltung des Center for International Studies - Department of Political Science und der Citizen's Research Foundation einen Vortrag zum Thema „The Politics of the European Currency Union“.

Darmstadt

Auf dem interdisziplinären Wissenschaftlichen Kolloquium „100 Jahre 'Elektrische' in Darmstadt. Geschichte, Gegenwart und Zukunft eines immer noch modernen Verkehrsmittels“, veranstaltet von der Stadt Darmstadt, der Hessischen Elektrizitäts-AG (HEAG) und der Technischen Hochschule Darmstadt - Zentrum für Interdisziplinäre Technikforschung (ZIT), hielt Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch am 25. November 1997 einen Einleitungsvortrag zum Thema „Die Anfänge der elektrischen Straßenbahn im Spannungsfeld von Elektroindustrie und Städtebaureform“.

Malaysia

Vom 8. bis 11. Dezember 1997 nahm Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann am Seminar „On Public Service Reforms“ des Human Resource Development Bureau der Regierung von Sabah/Malaysia in Kota Kinabalu teil und hielt im Rahmen dieser Veranstaltung einen Vortrag zum Thema „Administrative Informatics and Administrative Reform“ gehalten.

Zürich

Bei dem Wissenschaftshistorischen Kolloquium der Universität Zürich und der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich im Wintersemester

1997/98 zum Thema „Seuchen“ hielt Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch am 17. Dezember 1997 einen Vortrag zum Thema „Seuchen, öffentliche Hygiene und das Entstehen moderner Stadtplanung“.

Bern

Einen Gastvortrag zum Thema „Verwaltungsreformen“ hielt Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann am 18. Dezember 1997 an der Universität Bern anlässlich eines Seminars des Instituts für Internationales Innovationsmanagement.

Chemnitz

Im gemeinsamen Kolloquium des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Sozialgeschichte und des Lehrstuhls für Mittelalterliche Geschichte der Technischen Universität Chemnitz hielt Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch am 8. Januar 1998 einen Vortrag zum Thema „Automobilisierung in der Weimarer Republik. Zwangslagen und Handlungsspielräume am Beispiel der Bayerischen Motoren-Werke AG, München“.

Straßburg

Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch hielt am 23. Januar 1998 am Institut du Droit Local Alsacien-Mosellan in Straßburg, das sich mit dem aus der deutschen Zeit zwischen 1870 und 1918 weiterlebenden Recht befaßt, einen Vortrag zum Thema „Die Rückkehr von Elsaß-Lothringen zu Frankreich nach 1918: Politik, Verwaltung, Recht“.

Seattle

Vom 8. bis 10. Februar 1998 nahm Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann als Mitglied einer deutschen Delegation auf Einladung der Microsoft Corporation an der Konferenz „Empowerment 2001: Technology in Government and Education“ in Seattle teil.

München

Im Rahmen der Hausversammlung des vormaligen regierenden königlichen Hauses Wittelsbach hielt Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch am 26. März 1998 anlässlich der 75-jährigen Wiederkehr der Verabschiedung des Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung des Bayerischen Staates mit dem vormaligen Bayerischen Königshause vom 9. März 1923 einen Vortrag zum Thema „Grundzüge der Geschichte des Wittelsbacher Ausgleichsfonds bis nach dem Zweiten Weltkrieg“.

Korfu/Griechenland

Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch stellte am 28. März 1998 in der internationalen Working Group „History of Administration“ des „Institut Internationale des Sciences Administratives“, die sich mit dem komparativen Thema „Administration and

Crisis Management: The Case of Wartime“ befaßte, den Entwurf seines Länderberichts zu Deutschland zum Thema „Administration and Crisis Management: The Case of Wartime in Germany, 1914-1918“ zur Diskussion.

Zentrale Einrichtungen

Hochschulrechenzentrum

Schnellerer Internet-Anschluß

Am 15. Dezember 1997 wurde die Hochschule an das neue Bildungsnetz Rheinland-Pfalz mit einer Datenübertragungsgeschwindigkeit von 128 Kilobit pro Sekunde angeschlossen. Der Übergang in das Internet erfolgt durch Mitnutzung des in das Bildungsnetz integrierten Anschlusses der Universität Kaiserslautern an das Breitband-Wissenschaftsnetz des DFN-Vereins. Die bisher genutzte 64 Kilobit-Standleitung zur Universität Kaiserslautern wurde zum 31. Dezember 1997 gekündigt.

Die Verdopplung der Datenübertragungsgeschwindigkeit bedeutet zwar eine spürbare Verbesserung, wird aber gerade während der Semestermonate den Anforderungen der Hochschule noch nicht gerecht. Das Rechenzentrum strebt daher weiterhin eine Aufrüstung auf eine Geschwindigkeit von 2 Megabit pro Sekunde an.

Neues „Informationstechnisches Labor“

Im November 1997 wurde die PC-Ausstattung des vorzugsweise für Lehr- und Fortbildungsveranstaltungen genutzten „Informationstechnischen Labors (IT-Labor)“ des Rechenzentrums komplett erneuert. Finanziert wurden die dreizehn neuen Geräte im Rahmen einer Großgerätebeschaffung nach dem Hochschulbauförderungsgesetz.

Neuer JURIS-Zugang

Ende Januar 1998 trat der neue Vertrag zwischen der Hochschule und der Juris GmbH in Kraft. Die neue Lizenz ist deutlich günstiger als der bisherige Pauschalvertrag, der wegen der ständig steigenden Kosten nicht mehr finanzierbar war.

Die einzige, jedoch spürbare Einschränkung ist die sogenannte Kernzeitsperrung, und zwar werktags von 9 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 16 Uhr. In dieser Zeit ist kein Zugang zu den JURIS-Datenbanken möglich. Dafür, und das ist ein Vorteil gegenüber der bisherigen Nutzungsregelung, stehen der Hochschule die „einjährigen Vorauflagen“ aller JURIS-CDs zur uneingeschränkten Nutzung zur Verfügung. Die JURIS-CDs wurden mittlerweile auf dem CD-ROM-Server der Hochschule installiert. Ein weiterer Vorteil der neuen JURIS-Lizenz ist die kostenlose Überlassung der benutzerfreundlichen Recherchesoftware „juris formular für windows“, mit der sowohl Datenbankrecherchen über das In-

ternet als auch Recherchen in den CDs einschließlich sogenannter Differenzrecherchen durchgeführt werden können.

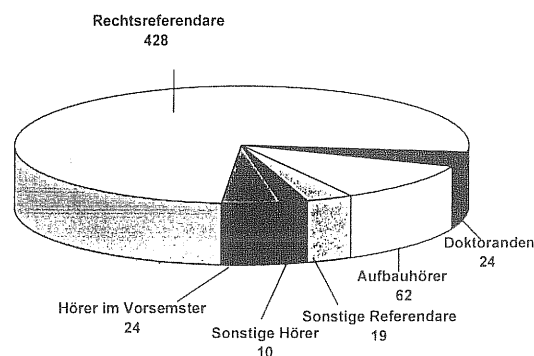
Europäisches Dokumentationszentrum

Zahlreiche Informationen und Dokumente über die Institutionen der Europäischen Union sind via Internet schnell und aktuell verfügbar. Wichtigste Informationsquelle ist der Server "Europa" der Europäischen Kommission <http://europa.eu.int>. Neben allgemeinen Nachrichten, Informationen über die EU-Institutionen und einem Pressedienst enthält dieser Server detaillierte Informationen z.B. zum Vertrag von Amsterdam und zu den unter dem Stichwort „Agenda 2000“ diskutierten Fragen. Hinzuweisen ist ferner auf die zahlreichen Verbindungen zu anderen Servern der EU, insbesondere auf die Home-Pages des Europäischen Parlamentes <http://www.europarl.eu.int> und des Europäischen Gerichtshofes <http://europa.eu.int/cj.index.htm> sowie auf die Datenbanken der Europäischen Kommission SCAD <http://europa.eu.int/scad/fr-ind.html> und Rapid <http://europa.eu.int/rapid/start/welcome.htm>, die wichtige Hilfsmittel für den schnellen Zugang zu Rechtstexten, neuesten Urteilen und Pressemitteilungen sowie sonstigen Dokumenten über die Europäische Union bieten.

Ausbildung

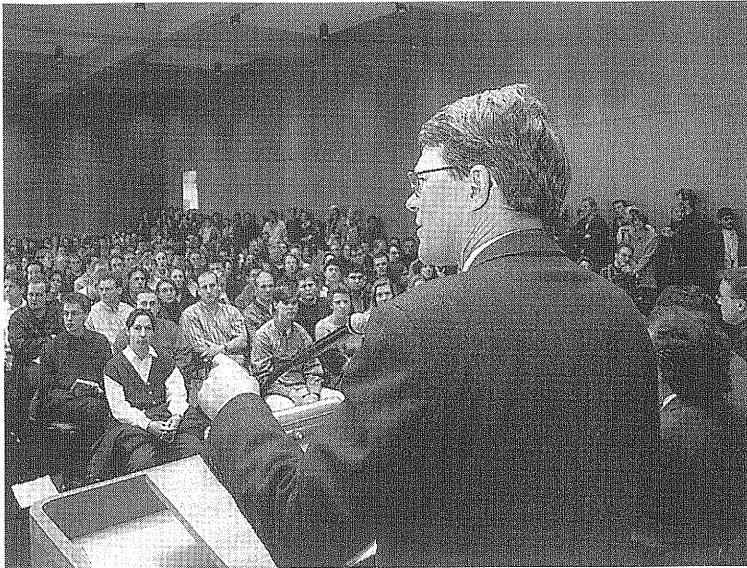
Hörerstatistik WS 1997/98

Im Wintersemester 1997/98 besuchten 567 Hörerinnen und Hörer die Hochschule.



Semesterantrittsversammlung

Das Wintersemester 1997/98 begann mit einer neuen Rekordzahl: Über 560 Hörerinnen und Hörer, und damit so viele wie nie zuvor, schrieben sich am Montag, 3. November 1997, zum Studium an der Hochschule ein.



Semesterantrittsversammlung in der Aula der Hochschule am 3. November 1998
(Foto: Lenz)

Der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, hieß die Hörerinnen und Hörer in der Antrittsversammlung zu Semesterbeginn im Namen der Hochschule herzlich willkommen und ging näher auf die Geschichte und die Funktion der Hochschule ein. Erstmals wurden die Studierenden darüber hinaus von einem Vertreter der Stadt Speyer begrüßt. Bürgermeister Hanspeter Brohm war in Vertretung des Oberbürgermeisters erschienen. Er wies auf die Vorzüge und Besonderheiten der Stadt Speyer hin und wünschte den Zuhörern einen angenehmen Aufenthalt. Anschließend erläuterte Regierungsdirektor Dr. Wilfried Ebling, Leiter der Abteilung 1 der Hochschulverwaltung, im einzelnen die Organisation des Lehrbetriebs.

Im Anschluß an die Semesterantrittsversammlung fand die erste Vollversammlung der Hörerschaft statt, in der der Hörersprecher und die Vertretung der Hörerschaft des Wintersemesters 1997/98 gewählt wurden.

Verwaltungswissenschaftliches Aufbaustudium

An die Lehrveranstaltungen des Wintersemesters 1997/98 schloß sich für die 57 Teilnehmer des 22. Jahrganges des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiums (39 deutsche, 18 ausländische Hörer) die Prüfungsphase an. Mitte März wurden die Magisterarbeiten eingereicht, für deren Anfertigung die Kandidaten sechs Wochen Zeit hatten. Die mündlichen Prüfungen fanden in der letzten Aprilwoche statt. Anschließend erfolgte die Überreichung der Magisterurkunden am Abend des 29. April 1998 in feierlichem Rahmen.

Zum verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudium im Studienjahr 1998/99 werden 44 deutsche Hörer erwartet. Hinzu kommen 11 ausländische

Hörer, die im Wintersemester 1997/98 das Vorsemester mit Erfolg absolviert haben. Bei den Neuzulassungen dominieren die Juristen (24), vor den Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern (16) sowie sechs weiteren Bewerbern unterschiedlicher Fachrichtungen. Insgesamt hatten knapp 80 Bewerber eine Zulassung beantragt.

Ausländer-(Aufbau-)Studium

Die ausländischen Hörerinnen und Hörer wurden am 11. November 1997 durch den Senatsbeauftragten für das Ausländer-(Aufbau-)Studium, Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas, und die Mitarbeiter des mit ihrer Betreuung befaßten Referates, Ass. jur. Klaus Grütjen und Gabi Gerhardt, M.A., mit einem Empfang begrüßt. Neben der Vorstellung des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiums für die Studi-

enanfänger und der Erörterung allgemeiner curricularer Fragen hatten die Teilnehmer Gelegenheit, sich untereinander kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen.

Im vergangenen Wintersemester hat der achte Jahrgang des Verwaltungswissenschaftlichen Studienprogramms das zweite und letzte Fachsemester des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiums absolviert. An diesem Studienprogramm, welches im zweijährigen Turnus in Zusammenarbeit mit der DSE/ZÖV in Berlin durchgeführt wird, nehmen zwölf Hochschuldozenten und Führungskräfte der öffentlichen Verwaltungen aus Entwicklungsländern (Vietnam, Mongolei, Bangladesh, Jemen, Marokko, Türkei, Kolumbien, Peru) und aus Bulgarien teil. Neben der Gruppe der DSE-Stipendiaten haben im vergangenen Semester sechs weitere ausländische Hörer aus Griechenland, Polen, Südkorea, Rußland, der Ukraine und Indien das zweite Semester beendet.

Zum Wintersemester 1997/98 sind elf neue ausländische Hörer aus Frankreich, Griechenland, der Tschechischen Republik, Kasachstan, Indonesien, Südkorea, Malawi und der VR China zum Vorsemester des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiums angetreten. Alle haben das Vorsemester und die anschließende Projektarbeitsphase mit Erfolg absolviert und wurden daraufhin zum ersten Fachsemester des Aufbaustudiums zugelassen.

Die jährlich vom Senatsbeauftragten und vom Referat für das Ausländer-(Aufbau-)Studium angebotene Herbstexkursion führte die ausländischen Hörer und Doktoranden am 19. Dezember 1997 nach Saarbrücken. Im Mittelpunkt stand der Besuch des neuen Bürgeramtes in Saarbrücken-Dudweiler. Dort gaben Verwaltungsdezernent Raimund Hirsch-

felder, der seit mehreren Jahren das entwicklungs-
politische Ausländerstudium der Hochschule mit
seinen Lehrveranstaltungen unterstützt, und seine
Mitarbeiter in Verbindung mit einer Besichtigung
des Amtes einen Überblick über die Einführung des
Total Quality Management in der Saarbrücker
Stadtverwaltung. Abgerundet wurde das Exkursi-
onsprogramm durch eine Stadtrundfahrt und den
Besuch des Weihnachtsmarktes in Saarbrücken.

Promotionen

19. Dezember 1997, Detlef Barth: „Agrarstruktur
und Entwicklung. Die Agrarreform in Brasilien im
Prozeß der Transformation unter besonderer Be-
rücksichtigung der Verfassunggebung von
1987/88“, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Pitschas.

7. Januar 1998, Christian Herbert: „Der Enteig-
nungsbegriff und das Enteignungsverfahren - ein
Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich
unter Einbeziehung der Planungs- und Enteignungs-
verfahren zur Realisierung von Verkehrsvorhaben“,
Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Siedentopf.

28. Januar 1998, Annette Weber: „Optimierung der
Zulassung von Industrieanlagen unter Berücksichti-
gung empirischer Studien“, Betreuer: Univ.-Prof.
Dr. Hill.

6. Februar 1998, Elke Löffler: „Verwaltungs-
modernisierung im internationalen Vergleich - Meß-
kriterien und Implementationsstrategien in Deutsch-
land, Großbritannien und in den USA“, Betreuer:
Univ.-Prof. Dr. Klages.

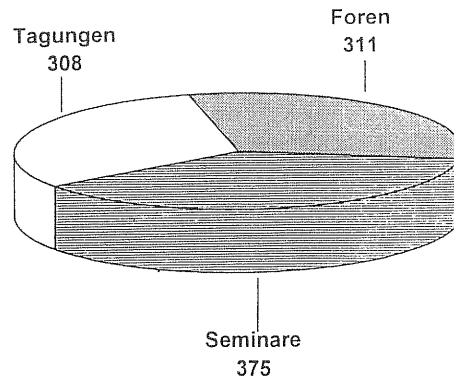
Offizielle Verabschiedung der Hörerschaft

Am 30. Januar 1998, dem letzten Vorlesungstag des
Wintersemesters 1997/98, verabschiedete der Rek-
tor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Ma-
giera, die Hörerinnen und Hörer dieses Semesters
offiziell. Die hochschulöffentliche Semesterab-
schlußveranstaltung fand in der Aula der Hochschu-
le statt.

Fortbildung

Fortbildungsstatistik 2. Halbjahr 1997

Im 2. Halbjahr 1997 besuchten ca. 1.000 Teilneh-
mer die Fortbildungsveranstaltungen der Hochschu-
le.



Fortbildungsveranstaltungen WS 97/98

Tagung „Die zukunftsfähige Stadt“ vom 1. bis 2. Oktober 1997

Die Hochschule veranstaltete zusammen mit dem
Deutschen Städtetag am 1. und 2. Oktober 1997
unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill
und Herrn Beigeordneten Jörg Hennerkes, Deut-
scher Städtetag, Köln, die Tagung „Die zukunfts-
fähige Stadt“.

Aufbauend auf dem Gedanken der nachhaltigen
Entwicklung, der erstmalig 1992 in der sog.
„Agenda 21“ auf der internationalen Konferenz in
Rio de Janeiro verabschiedet wurde, entwickeln sich
in verschiedenen deutschen Städten Aktivitäten zu
deren Umsetzung im Sinne einer zukunftsbeständi-
gen und zukunftsfähigen Stadt. Die Tagung griff
diesen internationalen Ansatz auf und stellte ihn in
den Kontext der aktuellen Verwaltungsmodernisie-
rungsbemühungen in Deutschland nach dem sog.
Neuen Steuerungsmodell und dem Qualitätsmana-
gement.

Die Teilnehmer konnten in moderierten Arbeitskrei-
sen die Aspekte „Die Stadt in der Region“, „Arbeit
in der Stadt“, „Verwaltungsmodernisierung und
Nachhaltigkeit“ sowie „Bürgerverantwortung“ ver-
tiefen und diskutieren. Gelungene Beispiele der Um-
setzung einer nachhaltigen Entwicklung wurden von
Vertretern der Städte Ulm, Hamburg und Germe-
ring vorgestellt. In der abschließenden Podiumsdis-
kussion erörterten Kommunalpolitiker die Erfolgs-
aussichten einer Verknüpfung von nachhaltiger
Entwicklung und Verwaltungsmodernisierung. Die
Ergebnisse der Tagung werden in Kürze in der

Schriftenreihe des Deutschen Städtetages, Köln, veröffentlicht.

„9. Europa-Seminar Speyer“
vom 7. bis 10. Oktober 1997

Das „9. Europa-Seminar Speyer“ fand vom 7. bis 10. Oktober 1997 statt. Wie in den Jahren zuvor stand die viertägige Fortbildungsveranstaltung für Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung unter der wissenschaftlichen Leitung der Universitätsprofessoren Dr. Siegfried Magiera und Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf. Das Ziel des Seminars, ein Forum für Diskussion und Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmern und namhaften Fachleuten der europäischen Integration aus Wissenschaft und Praxis zu schaffen, wurde wiederum erreicht.

Eine kritische Bilanz der Regierungskonferenz 1996/97 zogen zum Auftakt des Seminars u.a. der Abgeordnete des Europäischen Parlamentes, Dr. Schwaiger, und der Leiter der Unterabteilung Europa im Auswärtigen Amt, Dr. Schweppe. Im Vordergrund des darauf folgenden Veranstaltungsabschnitts standen als Politikfelder mit besonderer Bedeutung für die Landesverwaltungen die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres sowie die Europäische Struktur- und Regionalpolitik. Den Problemen der Einführung des Euro für Wirtschaft und Verwaltung war der anschließende Nachmittag gewidmet. Als ausgewiesene Experten referierten zu diesem Fragenkreis von der BASF AG der Leiter der Hauptabteilung Recht, Steuern und Versicherung, Dr. Sünner, sowie Dr. Böhm, und von der Europäischen Kommission Dr. Schulte-Braucks. Der nächste Veranstaltungstag führte die Teilnehmer zu verschiedenen europäischen Institutionen nach Straßburg. Im Centre des Etudes Européennes bei der Ecole Nationale d'Administration berichteten der Referatsleiter in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Dr. Eisenhammer, und der Directeur beim Conseil Régional d'Alsace, Meyer, aus der Praxis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa. Die Bedeutung des Europarates wurde den Teilnehmern im Gebäude des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von dessen Kanzler, Prof. Dr. Petzold, und von Dr. Callewaert, Hauptverwaltungsrat beim Europarat, erläutert.

Abschließend wurden die Perspektiven der Europäischen Union aus verschiedenen Blickwinkeln von Prof. Dr. Hurwitz, Cleveland State University, USA, Prof. Dr. Lenz, Generalanwalt beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, und Dr. h.c. Theato, Vorsitzende des Ausschusses für Haushaltskontrolle des Europäischen Parlamentes, sowie Prof. Dr. Friedmann, Präsident des Europäischen Rechnungshofes, beleuchtet.

Zum Erfolg des Seminars trugen insbesondere die fundierten Beiträge der Referenten und die große Bereitschaft der Teilnehmer zum gemeinsamen Gespräch bei. Das 10. Europa-Seminar Speyer wird vom 29. September bis 2. Oktober 1998 stattfinden.

Forum „Neuere Ansätze des staatlichen und kommunalen Haushaltsmanagements“
vom 8. bis 10. Oktober 1997

Das vom 8. bis 10. Oktober 1997 unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Professorin Dr. Gisela Färber stattfindende Forum bot eine Informations- und Diskussionsplattform für alle Beteiligten und Betroffenen von neuen Ansätzen im Bereich des staatlichen und kommunalen Haushaltswesens. Eine Reform des öffentlichen Haushaltswesens wird als einer der wesentlichen Schritte zur notwendigen Effizienzsteigerung der Verwaltung gesehen, damit diese sich der Herausforderung immer geringer werdender finanzieller Spielräume in der Zukunft stellen kann. Zunächst wurden in zwei Grundsatzreferaten die Theorie des öffentlichen Rechnungswesens erläutert sowie auf die Notwendigkeit der Einbettung moderner Steuerungsmittel in den politischen Entscheidungsprozeß hingewiesen. Ausgehend von den speziellen Effizienzdefiziten und Finanzierungsproblemen staatlicher und kommunaler Haushalte stellten die Referenten im folgenden das in Hessen gewählte Modell der Ressourcenbewirtschaftung, den in Rheinland-Pfalz verfolgten Budgetierungsansatz und die kommunale Haushaltsbewirtschaftung im Neuen Steuerungsmodell vor. Wie unterschiedlich Hochschul-Globalhaushalte konzipiert sein können, wurde am Beispiel des Eigenbetriebskonzeptes in Niedersachsen und dem nordrhein-westfälischen Ansatz deutlich. Ein breites Informationsspektrum vermittelte der abschließende Themenblock mit der Darstellung neuer Finanzierungsinstrumente aus Sicht des Landes Rheinland-Pfalz und aus Sicht der Privatwirtschaft.

„4. Führungsseminar für die Ausbilder und Prüfer der Vermessungsverwaltung II“
vom 13. bis 15. Oktober 1997

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann veranstaltete die Hochschule vom 13. bis 15. Oktober 1997 das 4. Führungsseminar (Teil II) für Ausbilder und Prüfer der Vermessungsverwaltung. In einem geschlossenen, zweiteiligen Programm wurden Ausbilder und Prüfer in der Referendarausbildung der Vermessungsverwaltungen der Länder in Fragen des Managements und der Führung an der Hochschule fortgebildet. Die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik

(AdV), die der Innenministerkonferenz zugeordnet ist, will damit geänderten Anforderungen der Praxis entsprechen. Nachdem im Frühjahr 1997 der erste Kursteil stattgefunden hatte, wurden in diesem zweiten Teil der Veranstaltung die Themen „Konzeptionelle Hilfen zur Gesprächsführung“, „Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling und Budgetierung“, „Selbst- und Zeitmanagement“ sowie „Verwaltungsmodernisierung“ und „Zukunftsperspektiven der öffentlichen Verwaltung“ behandelt.

Seminar „Klassische und postmoderne Formen des Führens und Zusammenarbeitens“ vom 20. bis 22. Oktober 1997

Vom 20. bis 22. Oktober 1997 fand an der Hochschule unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch das Seminar „Klassische und postmoderne Formen des Führens und Zusammenarbeitens“ statt. Das Seminar richtete sich an Führungskräfte, die unmittelbar vor oder nach der Übernahme von Personalverantwortung stehen.

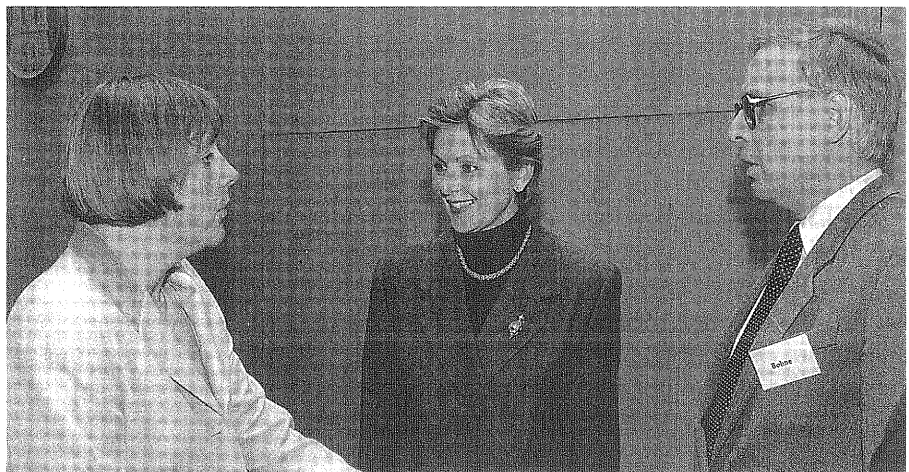
Anhand der Fragestellungen „Wie führt eine Führungskraft am besten die eigene Organisationseinheit innerhalb der Gesamtorganisation und gegenüber anderen Behörden und/oder der Öffentlichkeit? Wie kann die Aufgabenwahrnehmung in diesem Umfeld verbessert werden?“ wurden Vor- und Nachteile überkommener und neuer Führungsverhaltensmuster in der modernisierten Verwaltung aufgezeigt. Insbesondere 'offenes Führen' als Schaffen von Freiräumen für engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter scheint geeignet, den postbürokratischen Anforderungen zu genügen. Formen produktiver Zusammenarbeit in Abteilungen und Projektgruppen bei anspruchsvollen administrativen Aufgabenstellungen stellen sich im allgemeinen nicht von selbst ein, sondern müssen von der Führungskraft aktiv gestaltet werden. Hierzu wurden einschlägige Konzepte und Techniken vorgestellt.

Tagung „Das Umweltgesetzbuch als Motor oder Bremse der Innovationsfähigkeit in Wirtschaft und Verwaltung“ vom 22. bis 24. Oktober 1997

Auf der Tagung mit über 200 Teilnehmern wurde der Entwurf eines Umweltgesetzbuches, den die Unabhängige Sachverständigenkommission zum Umweltgesetzbuch beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit nach fünfjähriger Tätigkeit Anfang September 1997 vorgelegt hat, erstmalig in einer breiten Fachöffentlichkeit zur Diskussion gestellt. Die wissenschaftliche Leitung der Tagung lag bei Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne, M.A.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch den Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, wurde in Plenumsvorträgen und Arbeitsgruppen ein Überblick über zentrale Regelungsgebiete eines Umweltgesetzbuches wie integrierte Vorhabengenehmigung, Recht- und Regelsetzung und wirtschaftliche Anreizinstrumente gegeben. Einführungsreferate hielten der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesumweltministerium Walter Hirche und der Vorsitzende der Unabhängigen Sachverständigenkommission Prof. Dr. Horst Sandler, Präsident des Bundesverwaltungsgerichts a.D.

Gegenstand der Diskussionen waren ferner organisatorische Probleme, die sich aus einer Kodifikation des Umweltrechts für Behörden und Unternehmen ergeben. Vortragende waren die Mitglieder der Unabhängigen Sachverständigenkommission sowie



Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel, Ministerin für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz Klaudia Martini und Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne anlässlich der Tagung zum Umweltgesetzbuch vom 22. bis 24. Oktober 1997 (Foto: Venus)

Vertreter von Landesumweltministerien, der Wirtschaft, des Bundesverbandes Umwelt und Naturschutz Deutschland und der Europäischen Kommission.

Chancen und Probleme einer nationalen Kodifikation für die Entwicklung des europäischen Um-

weltrechts wurden von der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Ursula Schleicher behandelt. Den Abschluß der Tagung bildeten u.a. Vorträge der Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel und der Ministerin für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz Klaudia Martini mit anschließender Podiumsdiskussion, an der die umweltpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Birgit Homburger, der Staatssekretär im Hessischen Umweltministerium Rainer Baake für Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, der Amtschef des bayerischen Umweltministeriums Prof. Dr. Werner Buchner als Vertreter des Bundesrates und der Stellvertretende Vorsitzende der Unabhängigen Sachverständigenkommission Prof. Dr. Michael Klopfer, Humboldt-Universität Berlin, teilnahmen.

„1. Speyerer Demokratieforum: Demokratie vor neuen Herausforderungen“
vom 29. bis 31. Oktober 1997

Im Jubiläumsjahr der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer - die Hochschule wurde 1947 gegründet - fand erstmals das „Speyerer Demokratieforum“ unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim vom 29. bis 31. Oktober 1997 statt. Diese dreitägige Fortbildungsveranstaltung sollte Gelegenheit geben, grundlegende und aktuelle Fragen der Demokratie zwischen Wissenschaftlern, Verwaltungsangehörigen, Politikern und Journalisten zu erörtern.

Begrüßt wurden die Teilnehmer und Vortragenden vom Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera. Zu den hochkarätigen Referenten, die für das Forum gewonnen werden konnten, zählten u.a. Erwin K. Scheuch, Robert Leicht, Hans-Jochen Vogel, Peter Caesar, Michael Vesper, Hans Apel, Peter Diemel und Wolf-Dieter Narr.

Eines der Hauptthemen der Veranstaltung war das zunehmende Auseinanderklaffen von Problemlösungsdruck und Problemlösungsfähigkeit unserer Demokratie. Der auch weiterhin ungebrochene Partizipationswille der Bürger und ihre noch gesteigerte Partizipationsbefähigung werfen angesichts offenkundiger Reformblockaden die Frage nach strukturellen Defiziten unseres politischen Systems auf - eine Frage, der diese Veranstaltung nicht auswich. Das „Speyerer Demokratieforum“ bot die Möglichkeit, diese und weitere zentrale Fragestellungen zu den 'neuen Herausforderungen unserer Demokratie' durch Argument und Gegenargument mit hochkarätigen Referenten und Teilnehmern zu erörtern und so versuchen, eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis zu schlagen.

Kompaktseminar „Finanzen und Wirtschaft“
vom 9. bis 11. Februar 1998

Das vom 9. bis 11. Februar 1998 zum ersten Mal in dieser Form angebotene Seminar für Angehörige des öffentlichen Dienstes stand unter der wissenschaftlichen Leitung der Univ.-Professoren Dr. Dieter Duwendag und Dr. Gisela Färber. Ziele waren, den TeilnehmerInnen einen Überblick über die gesamtwirtschaftlich wichtigsten Probleme der deutschen Volkswirtschaft zu geben, ihnen die in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik diskutierten Vorschläge zu Reformen oder sogar Neugestaltung der Systeme zur Bewältigung der Herausforderungen vorzustellen und durch die Vermittlung von Hintergrundwissen zur Bildung eigener Bewertungsmaßstäbe beizutragen. Kompakt, das heißt in fünf Halbtagen, wurden die Themen „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - alte und neue Ansätze“, „Personalausgaben bei leeren Kassen“, „Finanzausgleich in Deutschland und Europa“, „Probleme der Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland“ und „Neuere Ansätze für Steuerreformen“ in Referaten vorgestellt und in Fragerunden und Diskussionen vertieft.

Seminar „Gesetzgebungslehre -
Aktuelle Probleme und Angebote“
vom 11. bis 13. Februar 1998

Vom 11. bis 13. Februar 1998 fand unter der wissenschaftlichen Leitung der Universitätsprofessoren Dres. Carl Böhret und Hermann Hill das Seminar „Gesetzgebungslehre“ statt, bei dem sich mehr als 60 Teilnehmer mit der Verbesserung von Rechtsvorschriften befaßten. Dabei ging es vor allem um die Verminderung der Regelungsflut, die frühzeitige -Beurteilung langfristiger Folgen von Gesetzen durch die Institutionalisierung einer Gesetzesfolgenabschätzung und die Anforderungen an die Gesetzgebung durch die neuen Instrumente der Verwaltungsmodernisierung nach dem sog. Neuen Steuerungsmodell. Zu diesem Themenkomplex referierte Dr. Hans Hofmann, Bundesinnenministerium, Bonn, über die Vorschläge des Sachverständigenrates „Schlanker Staat“ in Zusammenhang mit der Verbesserung der Gesetzgebung. Dr. Klaus Neuser, Niedersächsische Staatskanzlei, Hannover, stellte die in Niedersachsen geplante Gesetzesfolgenabschätzung vor. Durch den Einbau von Übungen und Fallstudien erhielten die Teilnehmer sehr anwendungsnahe Einblicke in die moderne Gesetzgebungslehre.

Seminar „Ist wissenschaftliche Leistung meßbar?“
vom 4. bis 6. März 1998

Noch in den späten 80er Jahren pflegten Ministerpräsidenten Campus-Reden mit dem Satz zu beginnen: „Die Universitäten sind mir lieb und teuer“. Spätestens mit dem Beginn der generellen Finanzkrise der öffentlichen Hand ist Humor dieser Art eingefroren. Politik und Gesellschaft stellten unmißverständlich die Grenzen der Finanzierbarkeit des Universitätssystems fest. Der Ruf nach wirtschaftlicher Effizienz und Stärkung des wissenschaftlichen Wettbewerbs beherrscht seither die hochschulpolitische Diskussion. Die deutschen Universitäten haben sich, wenn auch mit unterschiedlichen Anlaufphasen, der neuen Herausforderung gestellt. Über die Zielsetzung, Qualität durch Leistungsanreiz zu sichern, besteht grundsätzlich Einigkeit. Über die Vielzahl der Wege, die zu diesem Ziel führen, wird indessen heftig gestritten. Um über die hier anstehenden Fragen Klarheit zu gewinnen, veranstaltete der „Arbeitskreis Fortbildung“ der deutschen Universitätskanzlerinnen und -kanzler in Verbindung mit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaftlichen Speyer vom 4. bis 6. März 1998 ein Seminar an der Hochschule. 130 Hochschulkanzler und leitende Hochschulverwaltungskräfte diskutierten mit prominenten Persönlichkeiten der deutschen Wissenschaft vor allem über die Frage, wie bestimmte Methoden der Leistungserfassung und Systeme der Leistungshonorierung in die begrenzte Finanzwelt der Universitäten integriert werden könnten.

Nach der Begrüßung durch den Prorektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Klaus Lüder, wurde das Thema zunächst von der hochschulpolitischen Seite beleuchtet, in deren Mittelpunkt die Vorträge des Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz, Professor Landfried, des Generalsekretärs des Wissenschaftsrates, Dr. Benz, und des Geschäftsführers des Centrums für Hochschulentwicklung, Professor Müller-Böling, standen. Hinweise aus der Praxis erhielten die Teilnehmer von dem Präsidenten der Technischen Universität Darmstadt, Professor Wörner, der Kanzlerin der Universität Dortmund, Frau Dzwonnek, dem Generalsekretär der Volkswagenstiftung, Dr. Krull, sowie vom Kanzler der Universität Hannover, Herrn Gehlsen. Schließlich durfte der Blick über die Grenze nicht fehlen. Der Rektor designatus der Universität Basel, Professor Gäbler, war als Initiator des vielgerühmten Basler Modells für einen nachbarlichen Ratschlag ebenso berufen wie Magister Faulhammer vom Wissenschaftsministerium in Wien.

Mit dieser Veranstaltung setzten die Universitätskanzler ihre Zusammenarbeit mit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

fort, wobei die Betreuung wieder in den gleichen Händen lag wie bei dem erfolgreichen Seminar über Personalmanagement im Jahr 1995 in Speyer: Univ.-Prof. Dr. Fisch, Speyer, Kanzler Dr. Heß, Freiburg, und Ministerialdirektor a.D. Dr. Letzelter, Bonn.

Seminar „Projektmanagement und
Zusammenarbeit in Projektgruppen“
vom 16. bis 18. März 1998

Die Hochschule bot vom 16. bis 18. März 1998 ein Seminar zum Thema „Projektmanagement und Zusammenarbeit in Projektgruppen“ an. Dort wurden Vertretern aus Wirtschaft und Verwaltung zum einen Erfahrungen über die spezifische Dynamik von Projektgruppen vermittelt und zum anderen exemplarisch Techniken und Methoden für eine effektive Aufgabenerledigung vorgestellt. Weitere Themen waren unter anderem die Rahmenbedingungen der Arbeit in Projektgruppen, Teamentwicklung und Teamzusammensetzung, Kommunikation und interdisziplinäre Zusammenarbeit, computervermittelte Arbeitsformen sowie Methoden zur Steuerung der Projektabwicklung. Dieses Seminar war für Personen, die sich über die Aufgaben beim Projektmanagement informieren wollten oder diese Aufgaben seit kurzem ausüben, von Interesse.

Die Leitung des Seminars unterstand Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch. Ferner wirkten mit Dr. Dieter Beck (Speyer), Senatsrat Henning Lühr (Bremen), Dr. Lothar Mayas (Singen), und Dr. Thomas Seeliger (Weinheim).

„Aufaktveranstaltung zum 4. Speyerer Qualitäts-
wettbewerb“ vom 18. März 1998

Die Hochschule veranstaltete am 18. März 1998 unter der Leitung der Univ.-Professoren Dr. Hermann Hill und Dr. Helmut Klages die Auftaktveranstaltung zum 4. Speyerer Qualitätswettbewerb.

Nach wie vor steht die öffentliche Verwaltung vor der Herausforderung, bei einer höchst angespannten Haushaltslage einen hohen Leistungsstandard zu erreichen, um die anstehenden Aufgaben auf effiziente Weise zu bewältigen, sich ständig neuen Gegebenheiten anzupassen und qualitativ hochstehende Ergebnisse zu erzielen. Der Speyerer Qualitätswettbewerb, der dieses Jahr zum vierten Mal ausgeschrieben wird und sich an die gesamte öffentliche Verwaltung in Deutschland, Österreich und der Schweiz richtet, verfolgt wiederum das Ziel, überdurchschnittlich innovative und leistungsfähige Verwaltungen zu identifizieren sowie ihre Erfolgsrezepte einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzumachen. Zu Beginn der Veranstaltung skizzierte zunächst Harald Plamper, Vorstand der Kommunalen

Gemeinschaftsstelle (KGSt), Köln, die aktuellen Herausforderungen an die öffentliche Verwaltung. Im Anschluß daran zogen verschiedene Teilnehmer und Preisträger des 3. Speyerer Qualitätswettbewerbs ein Resümee über ihre Erfahrungen bei dem 3. Speyerer Qualitätswettbewerb. Abschließend stellte Univ.-Prof. Klages Konzept und Ablauf des 4. Speyerer Qualitätswettbewerbs vor.

66. Staatswissenschaftliche Fortbildungstagung zu dem Thema „Zwischenbilanz der Verwaltungsmodernisierung“ vom 18. bis 20. März 1998

Die Hochschule veranstaltete vom 18. bis 20. März 1998 unter der Leitung der Univ.-Professoren Dr. Hermann Hill und Dr. Helmut Klages die 66. Staatswissenschaftliche Fortbildungstagung „Zwischenbilanz der Verwaltungsmodernisierung“, zu der etwa 300 Teilnehmer begrüßt werden konnten. Erschienen noch bei der 61. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung Begriffe wie Qualität, Erfolg und Management in den Ohren manches Tagungsteilnehmers etwas fremdartig, so sind sie in der gut fünfjährigen Verwaltungsreformpraxis in vielen Verwaltungen im Alltag ständige Praxis geworden. Daher sollte die diesjährige Staatswissenschaftliche Fortbildungstagung eine erste Zwischenbilanz zur Verwaltungsmodernisierung in Kommunen, Ländern und beim Bund ziehen, den weiteren Erfahrungsaustausch anregen und fördern und damit dem Modernisierungsprozeß der öffentlichen Verwaltung fortwährende und nachhaltige Impulse verleihen.

Nach der Begrüßung der Referenten und Teilnehmer durch den Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, begann die Tagung mit einer Zwischenbilanz zur Verwaltungsmodernisierung von Univ.-Prof. Dr. Klages. Sodann kamen die Pionierverwaltungen der 1. Stunde zu Wort: Die Verwaltungschefs der Städte Passau und Coswig sowie die Oberkreisdirektoren der Kreise Soest und Pinneberg stellten ihre Reformkonzepte und die damit erzielten Modernisierungserfolge vor. Vertreter aus den Städten Dortmund, Neustadt an der Weinstraße und Wuppertal berichteten im Vergleich dazu, wie sich die Modernisierungsstrategien dieser Verwaltungen der 2. Stunde von denen der Pionierverwaltungen unterscheiden. Weiterhin wurde diskutiert, ob man Kommunen mit modernisierter Verwaltung nicht mehr Freiheiten, etwa im Bereich der Rechts- und Fachaufsicht, gewähren könne. Am Beispiel der Landesverwaltungen in Rheinland-Pfalz, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Berlin wurde untersucht, ob die Landesverwaltungen den richtigen Reformweg beschreiten und ob sie wirtschaftlicher und qualitativ besser geworden sind. Die Frage, ob die öffentliche Verwaltung durch die

Verwaltungsmodernisierung besser geworden ist, wurde ergänzend dazu durch Statements aus Sicht der Bürger, der Wirtschaft, der Mitarbeiter und der Politik beleuchtet, wozu mit den Professoren Dres. Dietrich Budäus, Dieter Grunow, Werner Jann und Helmut Wollmann namhafte Wissenschaftler gewonnen werden konnten. In den Vorträgen von den Ministerialdirektoren Dr. Hans-Bernd Beus, Bundesministerium des Innern, und Dr. Hans Reckers, Bundesministerium der Finanzen, zu den Themen Dienstrecht und Haushaltsrecht als Hemmnis oder Motor für die Reform der Verwaltung wurde deutlich, daß für eine nachhaltige Verwaltungsmodernisierung alle föderativen Ebenen des staatlichen Gemeinwesens in die Modernisierungsstrategien einzubeziehen sind. Ein zweistündiges Streitgespräch zwischen den Modernisierungsbefürwortern Univ.-Prof. Dr. Budäus, Hamburg, und Univ.-Prof. Dr. Jann, Potsdam, und den Modernisierungsskeptikern Univ.-Prof. Dr. Grunow, Duisburg, und Univ.-Prof. Dr. Wollmann, Berlin, verdeutlichte die unterschiedlichen Positionen der Verwaltungs- und Politikwissenschaft gegenüber der Verwaltungsmodernisierung. Zum Abschluß der Tagung wurden mit den Beiträgen von Stadtdirektorin Kuban, Duisburg, zur Kapitulation der Städte vor ihrer schwierigen Haushalts- und Finanzlage und von Univ.-Prof. Hill, zu den notwendigen Weiterentwicklungen rechtsstaatlicher Prinzipien durch die Verwaltungsmodernisierung Zukunftsthemen der Verwaltungsmodernisierung aufgegriffen.

Die Ergebnisse der Tagung werden in einem in Kürze erscheinenden Tagungsband dokumentiert.

Fachtagung „Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren“ vom 25. bis 27. März 1998

In der Zeit vom 25. bis 27. März 1998 fand an der Hochschule unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow eine Fachtagung zum Thema „Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren“ statt. Um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu steigern, hat der Gesetzgeber in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen zur Verkürzung der Dauer von Verwaltungsverfahren unternommen. Ziel der Tagung war es, die Bedeutung zentraler Beschleunigungsmaßnahmen im Bereich des Verwaltungsverfahrensrechts herauszuarbeiten. Die Teilnehmer aus allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, der Verwaltungsgerichtsbarkeit, der Rechtsanwaltschaft und der Wirtschaft befaßten sich unter anderem mit dem Grundsatz einer zügigen Durchführung der Verwaltungsverfahren, der Unbeachtlichkeit und Heilung von Verfahrens- und Formfehlern, der Bürgerbeteiligung in der Planung sowie den verfas-

sungsrechtlichen Grenzen für verfahrensbeschleunigende Maßnahmen. Des weiteren wurde auf die Fortentwicklung des Verwaltungsverfahrenrechts im von der Bundesregierung angestrebten „schlanken Staat“ eingegangen.

Nachrichten aus dem Führungskolleg Speyer (FKS)
3. bis 6. Kurswoche

Das IV. Führungskolleg Speyer (FKS), das unter der Leitung des Wissenschaftlichen Beauftragten Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf steht, setzte seine Arbeit im Berichtszeitraum mit vier Kurswochen fort. Die 20 Kollegiaten, die überwiegend aus der Ministerialverwaltung der Bundesländer Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein sowie der Bundesanstalt für Arbeit kommen, orientierten die Vertiefung ihrer Kenntnisse dabei an aktuellen inhaltlichen Schwerpunkten.

Daß verschiedene Denk- und Arbeitsstile starke Auswirkungen auf die Zusammenarbeit von Verwaltungsbediensteten haben können, wurde in dem Schwerpunktbereich „Führung nach innen“ deutlich. Fragen zur Motivation und Konfliktlösung wurden anhand von Beispielen aus der Erfahrung der Kollegiaten behandelt.

Bei einem Besuch bei der BASF AG in Ludwigshafen wurde den Teilnehmern das Konzept zur Führungskräfteentwicklung des Chemiekonzerns vorgestellt, das durch seinen internationalen Zuschnitt und eine konsequente Karriereplanung beeindruckt.

Durch anschauliche Vorträge und rege Diskussionen gewannen die Kollegiaten im Bereich der Umsetzung von Verwaltungsmodernisierungskonzepten am Beispiel Hessens und Schleswig-Holsteins einen facettenreichen Überblick über den aktuellen Stand gegenwärtiger Verbesserungsbemühungen in der öffentlichen Verwaltung. Dies betrifft vor allem die Einführung betriebswirtschaftlicher Elemente in die Aufbau- und Ablauforganisation auf der kommunalen Ebene. Ein spezifisches Instrument stellt hier der interkommunale Leistungsvergleich dar.

Der fortschreitenden Europäisierung der Landesverwaltungen wurde durch eine Einführung in die Institutionen und Verfahren der Europäischen Union und, in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Institut für öffentliche Verwaltung in Maastricht, einem Planspiel zum Verlauf einer „Komitologie“-Ausschußsitzung Rechnung getragen.

Die Kollegiaten konnten sich selbst einbringen bei den Berichten aus dem eigenen Arbeitsfeld, die im Berichtszeitraum der Leitbildentwicklung für den Geschäftsbereich des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Umwelt und Forsten und der Polizei in Hessen gewidmet waren. Inzwischen haben die Teilnehmer zwei Projektgruppen gebildet, die vor

allem vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen Handlungsempfehlungen zu den Themen „Führen mit Zielen im Mitarbeitergespräch“ und „Rolle und Verantwortung von Führungskräften“ entwickeln sollen.

Zum Jahreswechsel gab der wissenschaftliche Mitarbeiter am Lehrstuhl Siedentopf, Dipl.-Politologe Gerd Eckstein, Mag.rer.publ., den Staffeln der Unterstützung des wissenschaftlichen Beauftragten weiter an Dipl.-Sozialwissenschaftler Jürgen Intven, Mag.rer.publ.

Sonstige Nachrichten

*Gesetzesfolgenabschätzung am Beispiel
Waldgesetz*

Erstmals in Deutschland wurde die von Politik und Wirtschaft geforderte prospektive Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) für eine geplante Rechtsvorschrift entwickelt und angewendet. Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret und Dr. Götz Konzendorf (Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer) erprobten die neue Methodik an einem von der Landesregierung geplanten neuen Waldgesetz. Eine der drei untersuchten Alternativen konnte als besonders zukunftsgerichtet, „schlank“ und im Kosten-Effektivitätsverhältnis optimal empfohlen werden. Der GFA-Versuch hat bundesweit Interesse gefunden.

Preis zur Förderung der Kommunalwissenschaften

Die Stiftung deutscher Städte, Gemeinden und Kreise hat Dr. Götz Konzendorf für seine FÖV-Studie „Heranalternde Gesellschaft - Selbständiges



Dr. Götz Konzendorf und der Oberbürgermeister der Stadt Speyer, Werner Schineller, bei der Preisverleihung am 12. Dezember 1997 (Foto: Venus)

Leben im Alter“ (Forschungsbericht Nr. 136) und seine darauf aufbauende Dissertation „Folgen der heranalternden Gesellschaft und Ansatzpunkte aktiver Politik - mit einer Fallstudie zur Mittelstadt Speyer“ den mit 4.000 DM dotierten Preis zur Förderung der Kommunalwissenschaften (1997) zuerkannt. Der Preis wurde Dr. Konzendorf am 12. Dezember 1997 vom Oberbürgermeister der Stadt Speyer, Werner Schineller, übergeben.

Treffen mit dem Oberbürgermeister

Bei Brezeln und Pfälzer Wein traf sich der Oberbürgermeister der Stadt Speyer am Abend des 20. Januar 1998 zu einem gemütlichen Beisammensein mit den Hörern der Hochschule.

Orientierungsphase II

Am 22. Januar 1998 wurde wiederum die inzwischen traditionelle „Orientierungsphase II“ durchgeführt, die auch in diesem Wintersemester auf großes Interesse bei den Hörern stieß. Diese wurden zunächst allgemein über die Arbeitsmarktsituation für Akademiker und sodann von potentiellen Arbeitgebern, so z.B. von der Europäischen Kommission, der Oberfinanzdirektion Koblenz, aber auch von namhaften Unternehmen, über die konkreten Berufsaussichten in der jeweiligen Branche unterrichtet.

Im Sommersemester 1998 wird die Orientierungsphase II am 23. Juli 1998 stattfinden.

Winterball

Der vom Rektor und der Hörerschaft der Hochschule sowie dem Oberbürgermeister der Stadt Speyer als Vorsitzendem der Hochschulvereinigung gemeinsam ausgerichtete Winterball am 23. Januar 1998 war wiederum ein festlicher Höhepunkt des Wintersemesters und wurde von zahlreichen Hörern, Dozenten und Freunden der Hochschule besucht. Nach den Begrüßungsansprachen durch den Hörersprecher, Rechtsreferendar Martin Liebernikel, und den Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, eröffneten der Hörersprecher und die Festreferentin, Rechtsreferendarin Karin Steinmetz, den Ball. Das breitgefächerte Programm mit vielerlei musikalischer Unterhaltung sowie Tanz- und Gauklervorführungen und das reichhaltige Buffet, an das sich direkt eine gemütliche „Kaffeebar“ anschloß, ließen keinen Wunsch offen. So feierten die insgesamt ca. 450 Gäste bis in die frühen Morgenstunden einen gelungenen Ausklang des Wintersemesters.

Der Dom zu Speyer - Im Spiel der Farben

Vom 5. November 1997 bis zum 8. Dezember 1997, war die Ausstellung „Der Dom zu Speyer - Im Spiel der Farben“ der Künstlerin Frau Dr. Letizia Mancino im Foyer der Hochschule zu sehen. Die in Rom geborene Künstlerin lebt seit 1984 in Heidelberg und hat sich durch Ausstellungen in Baden-Württemberg und in der Pfalz einen Namen gemacht. Der Speyerer Dom wurde 1996 zum Thema ihrer Malerei.

Veröffentlichungen

Neue Speyerer Arbeitshefte

Als Speyerer Arbeitsheft ist jüngst erschienen:

Nr. 112: Carl Böhret/Götz Konzendorf, Standards im ko-evolutiven Prozeß von Staat und Gesellschaft.

Nr. 113: Waldemar Schreckenberger, Öffentliche Kommunikation und Sicherheit (Veröffentlichung in Vorbereitung).

Neue Speyerer Vorträge

Als Speyerer Vortrag wird in Kürze erscheinen:

Heft Nr. 41: Siegfried Magiera, Die Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts im europäischen Integrationsprozeß, Rektoratsrede anlässlich der Eröffnung des Wintersemesters 1997/98, Speyer 1998.

Heft Nr. 42: Klaus Rüter, Konzeption und Realisierung der Verwaltungsmodernisierung, Abendvortrag im Wintersemester 1997/98, Speyer 1998.

Heft Nr. 43: Peter M. Schmidhuber, Die Rolle des Europäischen Systems der Zentralbanken im institutionellen Rahmen der Europäischen Union, Abendvortrag im Wintersemester 1997/98, verbunden mit der Verleihung der Hochschulmedaille an Erhard Becker, Speyer 1998.

Die Veröffentlichungen sind bei dem Rektorat der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gegen einen Unkostenbeitrag in Höhe von DM 10,-- zu beziehen.

Vorschau auf das Sommersemester 1998

Am Donnerstag, dem 7. Mai 1998, findet ab 19.00 Uhr in der Aula die offizielle Eröffnung des Sommersemesters 1998 statt. Der Präsident der Europäischen Kommission, Dr. Jacques Santer, wird zum Thema „Die große Herausforderung der Europäischen Union: Erweiterung *und* Vertiefung“ sprechen.

Am Mittwoch, dem 24. Juni 1998, um 19.30 Uhr im Auditorium Maximum wird der Inhaber des Lehrstuhls für öffentliches Recht, insbesondere allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht, Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow, seine Antrittsvorlesung zum Thema „Rechtsschutzmöglichkeiten bei Untätigkeit des Verwaltungsgerichts“ halten.

Die dritte große Abendveranstaltung im Sommersemester wird am Montag, dem 20. Juli 1998 eben-

falls um 19.30 Uhr im Auditorium Maximum stattfinden. Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne, Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft, wird seine Antrittsvorlesung zum Thema „Staat und Konfliktbewältigung bei Zukunftstechnologien“ halten.

Bericht aus dem Forschungsinstitut

Evaluierung des Forschungsinstituts

Seit 1995 werden alle 83 wissenschaftlichen Institute und Einrichtungen, die von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden und nahezu vollständig der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (vormals Wissenschaftsgemeinschaft 'Blaue-Liste') angehören, auf die Qualität ihrer Forschungsleistung durch den Wissenschaftsrat überprüft. Ziel dieser Evaluierung, die innerhalb von fünf Jahren abgeschlossen werden soll und bislang in etwa der Hälfte aller Institute und Einrichtungen durchgeführt wurde, ist es, Empfehlungen zur inhaltlichen und strukturellen Entwicklung von Wissenschaft und Forschung zu geben, die Herausnahme einzelner Institute aus der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern anzuregen und damit anderen Instituten den Zutritt zur Wissenschaftsgemeinschaft zu ermöglichen. Für einige Einrichtungen, wie etwa für das HWWA Hamburg oder das ifo-Institut München, mündete die Begutachtung bereits in Empfehlungen, die finanzielle Förderung zu reduzieren bzw. die Institute insgesamt von der Bund-Länder-Förderung auszuschließen.

Die Evaluierung des Forschungsinstituts durch eine Bewertungsgruppe des Wissenschaftsrates, die sich aus Professoren unterschiedlicher Fachrichtungen, aus Verwaltungspraktikern und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft zusammensetzte, fand am 5. und 6. Februar 1998 statt. Der Begehung vorausgegangen waren intensive Vorbereitungen sowohl durch Externe als auch durch die Mitarbeiter des Instituts. Zu Beginn des ersten Tages wurde eine kurze Einführung in die Organisation und die Arbeit des Instituts gegeben, an die sich ein Gespräch zwischen der Institutsleitung, dem Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats und der Bewertungsgruppe anschloß. Am Nachmittag standen Qualität und Produktivität der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts im Mittelpunkt des gutachterlichen Interesses. In fünf Gruppen, die sich an den Forschungsschwerpunkten orientierten, gaben Projektleiter und Projektbearbeiter einen Überblick über ihre For-

schungsprojekte und diskutierten mit den Mitgliedern der Bewertungsgruppe die zugrunde liegenden Forschungsansätze und vorläufige Ergebnisse. Im Anschluß an die Präsentation der wissenschaftlichen Arbeit wurden ausschließlich zwischen Referenten und Gutachtern intensive Gespräche geführt, in denen über den fachlichen Ansatz hinaus auch individuell-persönliche Aspekte der Forschungsarbeit angesprochen wurden.

Der zweite Tag begann mit einer Zusammenkunft zwischen dem Rektor und dem Prorektor der Hochschule und den Evaluatoren. In einer anschließenden Unterredung zwischen der Institutsleitung und den Begutachtern wiesen die Vertreter des Instituts auf die Vielzahl der Projekte im Bereich der Grundlagenforschung sowie auf interdisziplinäre Forschungsansätze hin und informierten über die Transfererfolge der Institutsforschung für den Bund, die Länder und die Kommunen sowie für die europäische Ebene, bevor sich die Bewertungsgruppe zur abschließenden Beratung zurückzog.

Aufgrund des komplizierten Bewertungsverfahrens, in das u.a. der Wissenschaftsrat, Vertreter des Sitzlandes, das zuständige Bundesressort und die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz eingebunden sind, wird mit Ergebnissen der Evaluierung des Forschungsinstituts frühestens im Juni gerechnet werden können.

Internationale Kooperation

Zusammenarbeit mit der Akademie für Volkswirtschaft bei der Regierung der Russischen Föderation

Intensiv gestaltet sich die bereits seit zwei Jahren bestehende Kooperation des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung mit der Akademie für Volkswirtschaft bei der Regierung der Russischen Föderation in Moskau. In der Zeit vom 20. bis 24. Oktober 1997 fand ein gemeinsames Forschungsseminar zum Thema „Staatsaufgaben in der sozialen Marktwirtschaft“ in Moskau statt. Als Leiter der Delegation des Forschungsinstituts referierte Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag über die Themen „Rußland im Globalisierungsprozeß“ und

„Die Position Rußlands zwischen den Welthandelsblöcken“. Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber, ebenfalls Mitglied des Forschungsinstituts, sprach über „Systeme der sozialen Absicherung, insbesondere die Rentenversicherung“. Auf Einladung des Instituts nahmen auf deutscher Seite auch die Herren Univ.-Prof. Dr. Rolf Caesar, Universität Hohenheim, sowie Ministerialrat Dr. Peter Wild, Finanzministerium Nordrhein-Westfalen, an der Veranstaltung teil, die Vorträge über „Neuere Ansätze für Steuerreformen“ und „Personalkosten in der öffentlichen Verwaltung“ hielten.

Forschungssymposium „Regionalization below State-Level in Germany and the United States“ vom 31. März bis 3. April 1998

Unter der wissenschaftlichen Leitung des Geschäftsführenden Direktors des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König, fand vom 31. März bis zum 3. April 1998 das Forschungssymposium zum Thema „Regionalization below State-Level in Germany and the United States“ statt. Der im Rahmen einer Kooperation des Forschungsinstituts mit der National Academy for Public Administration, Washington D.C., aufgenommene transatlantische Erfahrungsaustausch, an dem deutsche und amerikanische Verwaltungspraktiker, Verwaltungswissenschaftler und Politikberater teilnahmen, widmete sich dem Vergleich regionaler Problemstellungen in Deutschland und den USA, insbesondere in den Bereichen der regionalen Wirtschaftsförderung, des regionalen Öffentlichen Personennahverkehrs sowie des regionalen Umweltschutzes unter Berücksichtigung von Aspekten der Nationalstaats- und Landesgrenzen überschreitenden Zusammenarbeit.

Tagungen und Seminare

**VI. International Speyer Workshop
„The Political and Judicial Implications of New Public Management“
vom 15. bis 17. Oktober 1997**

Unter der wissenschaftlichen Leitung der Universitätsprofessoren Dr. Hermann Hill und Dr. Helmut Klages veranstalteten die Hochschule und das Forschungsinstitut in der Zeit vom 15. bis 17. Oktober 1997 den englischsprachigen „VI. International Speyer Workshop“ unter dem Thema „The Political and Judicial Implications of New Public Management“.

Während sich die wissenschaftlichen und politischen Diskussionen der 80iger und 90iger Jahre überwiegend mit dem „New Public Management“

(„Neues Steuerungsmodell“) beschäftigt haben, war das Thema „New Political Management“ („Neue politische Steuerung/Neues Politikmanagement“) auf der Agenda kaum vertreten. Insbesondere das Verhältnis zwischen ökonomischer, politischer und juristischer Rationalität wurde im Rahmen der aktuellen Verwaltungsmodernisierungsprozesse in den OECD-Ländern vernachlässigt. Darüber hinaus wird behauptet, das Modell (Paradigma) des „New Public Management“ habe den Vorteil, unpolitisch zu sein, und könne dadurch in allen Arten von politischen Systemen Anwendung finden.

Empirische Studien lassen aber erkennen, daß „die Politik“ die politischen Implikationen des „New Public Management“ noch nicht vollständig erfaßt hat und „die Politiker“ noch nicht in der Lage sind, sich entsprechend den neuen Regeln zu verhalten. Dies kann zur Folge haben, daß das „New Public Management“ eine Verwaltungsreform mit beschränkter Reichweite bleibt, mit nur geringen Erfolgen bezüglich Effektivität und Effizienz.

Ziel des Workshops war es, mit den geladenen Verwaltungswissenschaftlern und Praktikern aus den USA, Kanada, Australien, Großbritannien, Finnland und der Schweiz Erfahrungen aus den OECD-Ländern zum Thema „Das Verhältnis von ökonomischer, politischer und juristischer Rationalität im New Public Management“ zu diskutieren. Die Referate sollen - wie bei den vorangegangenen Workshops - als Buch publiziert werden.

**Verwaltungswissenschaftliche Arbeitstagung 1997
„Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit“
vom 20. bis 22. Oktober 1997**

Die Verwaltungswissenschaftliche Arbeitstagung 1997, die vom 20. bis 22. Oktober 1997 unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas durchgeführt wurde, war dem Thema „Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit“ gewidmet. Etwas über 100 Teilnehmer setzten sich im Verlaufe der Tagung mit den Möglichkeiten der Umgestaltung des Verwaltungsprozesses durch den Gesetzgeber mit dem Ziel der Stärkung des Rechtsschutzes durch eine angestrebte Beschleunigung auseinander. Erörtert wurden die Herausforderungen des Überganges zum „schlanken Staat“ an die prozeßrechtliche Erneuerung der Verwaltungsgerichtsbarkeit und die Probleme einer dezentralen Ressourcensteuerung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Abgesehen von diesen Aspekten wurden Ansätze für eine Entfaltung der Verwaltungsgerichte und die Modernisierung der Gerichtsorganisation erörtert, wobei die Verbesserung der Möglichkeiten außergerichtlicher Schlichtung und die Optimierung interner Aufbauorganisation und Geschäftsprozesse im Angesicht knapper Ressourcen am Beispiel meh-

erer Bundesländer und im Vergleich zur Sozial- und Zivilgerichtsbarkeit thematische Schwerpunkte bildeten. Hierbei wurde deutlich, daß zwischen den prozeßrechtlichen Reformen und den Rationalisierungsschritten in der Gerichtsorganisation ein innerer Entwicklungszusammenhang besteht.

Forschungsseminar „Straßenplanungen und Gesamtplanungen“ vom 27. bis 28. Oktober 1997

In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsausschuß „Straßenrecht“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen wurde am 27. und 28. Oktober 1997 ein Forschungsseminar zum Thema „Straßenplanungen und Gesamtplanungen“ unter der Leitung von em. Univ.-Prof. Dr. Willi Blümel veranstaltet. Der Teilnehmerkreis setzte sich wie in den entsprechenden Veranstaltungen der vergangenen Jahre aus Vertretern der Wissenschaft und Praxis zusammen.

Die Ergebnisse des Seminars werden als „Speyerer Forschungsbericht“ veröffentlicht.

Forschungssymposium „Schlanker Staat - Verwaltungsmodernisierung im Bund“ vom 27. bis 29. Oktober 1997

Vom 27. bis 29. Oktober 1997 fand unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Klaus König ein Symposium zum Thema „Schlanker Staat - Verwaltungsmodernisierung im Bund“ statt, zu dem Verwaltungspraktiker der Bundesverwaltung sowie Vertreter aus der Wissenschaft eingeladen waren, über die bisherigen Ergebnisse des einschlägigen Forschungsprojektes zu diskutieren. Neben der international vergleichenden Betrachtung zentralstaatlicher Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung, bildeten die Themengebiete „Aufgabenkritik, Organisationsprüfung und Personalbedarfsmessung“, „Neue Steuerungs-rationalitäten in der Bundesverwaltung“ sowie „Wettbewerbselemente in der öffentlichen Verwaltung“ den Schwerpunkt des Meinungsaustauschs. Die Ergebnisse des Seminars werden als „Speyerer Forschungsbericht“ veröffentlicht.

Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT)

Die Datenbank der Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für die Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT) wurde im Oktober 1997 den Landesverwaltungen via Internet zur Verfügung gestellt. Auf einer Arbeitstagung am 16. und 17. Oktober 1997, an der Vertreter aller

Landesverwaltungen teilnahmen, wurden Aufbau und Zugriffsmöglichkeiten von Univ.-Prof. Böhret, Dr. Konzendorf und Dipl.-Geographin Barbara Zimmers, Mag.rer.publ., erläutert und die Auswertung der Datenbank-Materialien am Beispiel der Aufgabenkritik dargestellt. Außerdem wurden die Methodik und Institutionalisierungs-Möglichkeiten der Gesetzesfolgenabschätzung erörtert. Am 8. und 9. Mai 1998 wird eine weitere WiDuT-Arbeitstagung zum Thema Personalmanagement durchgeführt.

Gastvortrag im Forschungskolloquium

Das Forschungskolloquium, in dem vorläufige Thesen aus laufenden Forschungsprojekten des FÖV zur Diskussion gestellt werden, wurde im Wintersemester durch einen Gastvortrag von Dr. Otto G. Mayer, HWWA Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, bereichert. Er referierte am 17. Dezember 1997 über das Thema „Sozialstaat und Globalisierung“.

Gastforscher

Auf Beschluß des Institutsvorstands wurden in den vergangenen Monaten folgende Wissenschaftler als Gastforscher aufgenommen:

Dr. Manit Wongsaree, Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Staatsrat Bangkok, Thailand (September 1997 bis Oktober 1997).

Dr. Salvador Parrado, Universität Carlos III, Madrid Spanien (Oktober bis November 1997).

Neue Forschungsprojekte

Die folgenden Forschungsprojekte wurden seit Oktober 1997 begonnen:

Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch/Regierungsrat Bernhard Kaiser: „Evaluation von Fortbildungsmaßnahmen“.

Univ.-Prof. Dr. Detlef Merten/Dipl.-Staatswissenschaftler Wito Schwanengel, Mag.rer.publ.: „Einwirkung der Länderparlamente auf die Normsetzung der Exekutive“.

Univ.-Prof. Dr. Eberhard Böhne/Prof. Dr. Hellmut Wagner/Assessor iur. Jochen Ritter: „Öko-Audit und Deregulierung im innerstaatlichen Recht auf Gesetzes- und Vollzugsebene nach der Verordnung (EWG) Nr. 1836/93“.

Neue Speyerer Forschungsberichte

Seit Oktober 1997 sind fünf neue „Speyerer Forschungsberichte“ erschienen:

Nr. 178: Willi Blümel/Ignaz Bender/Wolfgang H. Lorig (Hrsg.), Einwirkungen der Finanzminister auf den Hochschulbereich. Auswertungsseminar am 20./21. Februar 1997, Dezember 1997.

Nr. 179: Monika John, Verwaltungsorganisation im Reformprozeß – Der Entwurf eines Landesorganisationsgesetzes für Mecklenburg-Vorpommern –, Januar 1998.

Nr. 180: Heinrich Siedentopf/Christoph Hauschild/Karl-Peter Sommermann, Implementation of Administrative Law and Judicial Control by Administrative Courts (in Vorbereitung).

Nr. 181: Helmut Klages, Verwaltungsmodernisierung: „harte“ und „weiche“ Aspekte II., März 1998.

Nr. 182: Michael Harold Stierle, Volkswirtschaften in der Globalisierung. Konzeptionelle Analyse der

zentralen Indikatoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften, März 1998. Die „Speyerer Forschungsberichte“ können bestellt werden bei: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Postfach 14 09, 67324 Speyer. Soweit die angeforderten Berichte nicht für dienstliche Zwecke der öffentlichen Verwaltung oder Hochschulen benötigt werden, wird eine Schutzgebühr von 10,- DM pro Band in Rechnung gestellt.

Impressum

Herausgeber: Der Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion: Referat für Öffentlichkeitsarbeit der DHV Speyer, Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67346 Speyer, Tel.: 06232/654-214; Fax: -208; E-Mail: briege@dhv-speyer.de

Verantwortlich: Sabine Brieger

Satz und Druck: DHV Speyer

Erscheinungsweise: einmal pro Semester

Nachdruck bei Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars gestattet.

Fotonachweis: Volker Lenz, Klaus Venus

Hörerstatistik 1947 - 1998

